

Judith Specht, Katrin Wenz, Anna Maria Häring und Charis Linda Braun

# Wandel im ländlichen Raum: Von Wandlungsprozessen zu neuen Kompetenzbedarfen

## Arbeitspapier

unter Mitarbeit von Monika Weber

Eberswalde, Oktober 2013

Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH)

Fachgebiet Politik und Märkte in der Agrar- und Ernährungswirtschaft

Friedrich-Ebert-Str. 28

16225 Eberswalde

Gefördert vom:



Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert

## Inhaltsverzeichnis

|                  |  |    |
|------------------|--|----|
| 1.               | Einleitung .....   | 1  |
| 2.               | Wandlungsprozesse im ländlichen Raum .....   | 2  |
| 2.1.             | Ländliche Räume.....   | 2  |
| 2.2.             | Demographischer Wandel .....   | 5  |
| 2.3.             | Agrarstrukturwandel .....  | 10 |
| 2.3.1.           | Agrarstruktur .....  | 10 |
| 2.3.2.           | Exkurs: GAP .....  | 13 |
| 2.3.3.           | Transformation der ostdeutschen Landwirtschaft .....   | 14 |
| 1945 - 1960..... |  | 14 |
| 1960 - 1990..... |  | 16 |
| Nach 1990.....   |  | 18 |
| 2.3.4.           | Flächenkonkurrenz durch Bioenergie mit Blick auf Agrarverfassung und Agrarstruktur .....   | 20 |
| 2.3.5.           | Wandel der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft .....   | 22 |
| 2.3.6.           | Einkommenskombinationen und landwirtschaftlicher Zusatznutzen: Nebenerwerbslandwirtschaft, landwirtschaftliche Diversifizierung und Multifunktionalisierung..... | 23 |
| 3.               | Von Wandlungsprozessen zu neuen Kompetenzbedarfen.....   | 28 |
| 3.1.             | Methodisches Vorgehen.....   | 28 |
| 3.2.             | Ergebnisse .....   | 28 |
| 3.3.             | Exkurs: Resilienz.....   | 33 |
| 4.               | Weiterer Forschungsbedarf am Beispiel „Bildung und Kompetenzen“ im Kontext ländlicher Wandlungsprozesse.....   | 36 |
| 5.               | Ausblick: Bildungspolitische Bedeutung.....  | 38 |

## 1. Einleitung

„Wandel“ hat viele Facetten. Ursprünglich zumeist positiv konnotiert und im Sinne von „sich neue Bereich erschließen“, „sich verändern“, aber auch „wachsen“ verwendet, steht mit dem aktuell als bedrohlich inszenierten „Demographischen Wandel“ eher der Verlust von Althergebrachtem, zudem von Sicherheit, Verlässlichkeit und Planbarkeit im Vordergrund. Im vorliegenden Text wird der Frage nachgegangen, ob es nicht eine andere, eine nach vorne gewandte Art des Umgangs mit Änderungsprozessen geben kann<sup>1</sup>. Dafür werden die nicht zu leugnenden - aber zuerst einmal auch wenig zu beeinflussenden - Wandlungsprozesse im ländlichen Raum in einer Art analysiert, dass Zusammenhänge und Entwicklungsprozesse erkenntlich werden. So wird die Grundlage geschaffen, Handlungsfelder zu identifizieren, die sich auf Grund ihrer Entstehung oder Wirkung in besonderem Maße eignen, innovative Umgangsformen im Wandel umzusetzen. Damit schafft diese Studie die Basis für weiterführende Untersuchungen, die die Brücke von situationsgerechtem Handeln zum dafür erforderlichen Wissen bauen können. Sie leistet damit einen Beitrag zur übergeordneten Fragestellung, nämlich wie Personen in Landwirtschaft und ländlichem Raum befähigt werden können, unter sich ändernden Rahmenbedingungen handlungsfähig zu bleiben und sich durch ggf. neu erworbene Kompetenzen erweiterte Handlungs- und Wertschöpfungsfelder zu erschließen. Und zu einem letzten, in diesem Dokument nur am Rande gestreiften Aspekt – der Frage, ob und wie Hochschulen durch neuartige Bildungsangebote zu dieser Entwicklung beitragen können.

Räumlich gesehen liegt der Fokus der hier verfolgten Fragestellung auf dem Nordosten Deutschlands. Dies aus zwei Gründen: zum einen treffen dort demographische Änderungen auf besondere strukturelle Änderungen, die durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft, der Auflösung der DDR und der damit einhergehenden Zerschlagung der dominierenden Landnutzungsform LPG entstanden. Zum anderen führt diese Verbindung bereits jetzt zu Lebensrealitäten im ländlichen Raum, die durch ihre Extreme zur Untersuchung – aber letztlich auch Stärkung – in besonderem Maße geeignet sind.

---

<sup>1</sup> Projekthintergrund: „Wandel, Wissen, Wertschöpfung – Stärke im ländlichen Raum“ als Teilprojekt von „Konzeption berufsbegleitender Weiterbildungsangebote an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde – durchlässig, nachhaltig, praxisnah“ im Rahmen des Wettbewerbs: „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“. Förderung: BMBF und ESF. Projektlaufzeit: Oktober 2011 bis März 2015.

## 2. Wandlungsprozesse im ländlichen Raum

Im Folgenden werden die beiden „großen“ Änderungsprozesse: demographischer Wandel und Agrarstrukturwandel beschrieben, die sowohl den ländlichen Raum beeinflussen und gleichzeitig im ländlichen Raum stattfinden. Aufbauend auf eine Begriffsbestimmung von „ländlichem Raum“ folgt im Sinne einer ersten Strukturierung eine Beschreibung des demographischen Wandels, worunter gesellschaftliche Änderungen gefasst werden, die nicht an die agrarische Produktion gekoppelt sind, jedoch die (ländliche) Gesellschaft an sich betreffen. Unter Agrarstrukturwandel werden primär Änderungen im Produktionsprozess beschrieben – wiewohl auch diese Auswirkungen auf Leben und Arbeit im ländlichen Raum haben.

Die folgende Darstellung fußt auf der Analyse vorliegender Publikationen zum Thema. Genutzt wurden Fachartikel, Sammelbände, Monographien und Graue Literatur. Der Schwerpunktsetzung auf Wandel in nordostdeutschen Regionen folgend wurde Literatur bevorzugt genutzt, die die Entwicklung und Situation in insbesondere Brandenburg, aber auch Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt thematisiert<sup>2</sup>. Zudem liefern Daten aus Agrarstrukturbericht oder Berichten der Statistischen Landesämter bzw. des Statistischen Bundesamtes die Basis für die Beschreibung des Agrarstrukturwandels und werden an entsprechender Stelle wiedergegeben.

### 2.1. Ländliche Räume

Bevor auf die Wandlungsprozesse „im ländlichen Raum“ eingegangen wird ist zu klären, was im Folgenden unter „ländlichem Raum“ verstanden werden soll. Dazu werden in einem ersten Schritt verschiedene Typisierungen genannt um letztlich die im Weiteren genutzte Definition zu benennen. Eine gängige Typisierung erfolgt entlang von raumbezogener Kategorien, die sich in wirtschaftlicher Dynamik, Erreichbarkeit oder Entwicklungschancen der Landwirtschaft widerspiegeln. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung unterscheidet siedlungsstrukturelle Gebietstypen (Agglomerationsräume, Verstädterte Räume und Ländliche Räume mit jeweils 2-4 Unterkategorien) und Raumstrukturtypen (Schlömer und Spangenberg 2009, S.17f). Letztere spiegeln die Zentren-erreichbarkeit und Bevölkerungsdichte wieder und kennen inneren und äußeren Zentralraum, Zwischenraum mit Verdichtungsansätzen bzw. mit geringer Dichte und Peripherium mit Verdichtungsansätzen bzw. sehr geringer Dichte.

Eine Weiterentwicklung des Bundesamtes für Bau- Stadt- und Raumforschung sowie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung verbindet unter dem Titel ROB 2012 zwei räumliche Basisstrukturmerkmale, und zwar:

- „die Besiedlung durch Unterscheidung zwischen überwiegend städtisch und ländlich geprägten Gebieten, klassifiziert nach Bevölkerungsdichte und Siedlungsflächenanteil (lokale / kleinräumige Maßstabsebene)“ und

---

<sup>2</sup> Berlin wird in diesem Fall – wenn auch zu Nordostdeutschland zählend – nicht weiter berücksichtigt, da es zwar die Wandlungsprozesse im ländlichen Raum Nordostdeutschlands als Zu- oder Abwanderungszone, Ort des Arbeitsplatzes oder Absatzmarktes mit beeinflusst, „Wandel im ländlichen Raum“ in der Metropole selbst jedoch schlicht kein dort zu beobachtender Prozess ist.

- „die Lage, d. h. Unterscheidung zwischen zentral und peripher gelegenen Räumen, klassifiziert nach potentiell erreichbarer Tagesbevölkerung (regionale / großräumige Maßstabsebene)“ (Schlömer und Spangenberg 2009, S.20).

Die weitergehende Unterteilung geschieht anhand der Kriterien ländlich, teilweise städtisch und überwiegend städtisch, jeweils unterteilt in sehr peripher, peripher, zentral und sehr zentral. Anhand dieser Kriterien lassen sich Flächen- und Bevölkerungsanteile der Raumtypen oder die Bevölkerungsverteilung z. B. zwischen alten und neuen Bundesländern darstellen (Schlömer und Spangenberg 2009, S.25f).

Diese Art der Kategorisierung verbleibt trotz kleinteiliger Ausdifferenzierung innerhalb der historisch gewachsenen Stadt-Land-Dichotomie, die sich maßgeblich an Prozessen der Konzentration bzw. Dekonzentration von Bevölkerung orientiert (Beetz 2007, S.222). Mittels dieser vordergründig „zuverlässigen Merkmale“ (ebd.) sollen jedoch immer dahinterliegende Strukturen, wie sie in kulturellen, ökonomischen oder sozialen Kriterien zu finden sind, mitbeschrieben werden. Diese jedoch verlaufen häufig nicht entlang des plakativen Stadt-Land-Unterschieds und der Rekurs auf jene Art der Beschreibung läuft Gefahr, durch Vereinfachung und Enthistorisierung den zu Grunde liegenden komplexen Entwicklungsdynamiken von Stadt und Land nicht gerecht zu werden (Beetz 2007, S.223). Bei der Betrachtung ländlicher Räume gilt es aus diesem Grund umso mehr, sie als Formen „raumbezogener Vergesellschaftung“ anzusehen, [...] die sich spezifisch von städtischen [Räumen] durch Siedlungsformen, Dichte sozialer Kreise, kulturelle Traditionen, Wirtschaftsverfassungen, Landnutzungen etc. unterscheiden, die aber ebenfalls viele ähnlich gelagerte Prozesse beinhalten (Beetz 2007, S.225).

Nichts desto trotz liefern die nominalen Parameter wertvolle Hinweise zur Struktur von Regionen. Unter den primär untersuchten Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt finden sich Regionen, die sich durch starke Gegensätze auszeichnen. Befinden sich in Metropolennähe überwiegend Räume mit überwiegend bis teilweise städtischer Siedlungsstruktur, die zudem zentral/sehr zentral verortet sind, dominieren in weiten Teilen des Untersuchungsgebiets Räume mit ländlicher siedlungsstrukturellen Prägung und peripherem bzw. sehr peripherem Lagetyp (Schlömer und Spangenberg 2009, S.24), die nach Weiß (Weiß 2013) auch „ländlichste Räume“ genannt werden. Dabei weisen ländlichste Räume im Osten Deutschlands neben rückläufigen Bevölkerungszahlen (Alte Länder von 1997 – 2005: 45% der Gemeinden verzeichnen Bevölkerungsrückgänge, Neue Länder: 88%, Marezke und Weiß 2009, S.35) und einem höheren Durchschnittsalter (Durchschnittsalter in peripheren ländlichen Räumen in den alten Ländern: 41,4 Jahre, in den neuen Ländern: 43,8 Jahre (ebd.: 37)) weitere Besonderheiten auf, durch die sie sich auch von im Westen gelegenen peripheren Räumen unterscheiden. Zentrale Rolle dabei spielen die Kombination aus selektiven Wanderungsverlusten und einem Geburteneinbruch nach der Wiedervereinigung, was zu einer diese Räume kennzeichnenden Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur führt (ebd.: 37). Nach Marezke und Weiß sind die Zusammenhänge wie folgt:

Tabelle 1: Komponenten und Auswirkungen der permanenten Migration in den ländlichsten Abwanderungsgebieten Ostdeutschlands

| <b>Migrationskomponente</b>              | <b>Wirkung</b>                     | <b>Folgen</b>   |
|--|------------------------------------|---|
| <b>Altersspezifische Gewichtung</b>      | Verschiebung in der Altersstruktur | Relative Überalterung                                     |
| <b>Geschlechtliche Differenziertheit</b> | Deformierung der Sexualstruktur    | Frauendefizit im demographisch aktiven Alter <sup>3</sup> |
| <b>Qualifikationsorientiertheit</b>      | Intellektuelle Degradation         | Überhäufigkeit gering Qualifizierter                      |

Quelle: (Maretzke und Weiß 2009, S.37)

Für die Untersuchung bedeutet das, in weiten Teilen der Untersuchungsregion einer Bevölkerung gegenüberzustehen, in der der Anteil an jungen, gut qualifizierten insbesondere Frauen gering ist und Ältere, weniger qualifizierte und Männer dominieren. Hintergrund ist die Bündelung problematischer Entwicklungen aus „regulärem“ demographischen Wandel mit Bevölkerungsrückgang, steigendem Altersdurchschnitt, sinkender Daseinsvorsorge und der innerdeutschen Arbeitsmigration, die nachweislich als „Wanderung von Höherqualifizierten“ zu sehen ist (Straubhaar und Wolter in Maretzke und Weiß 2009, S.38).

Dennoch – und um der Gefahr der „Demographisierung“ zu entgehen (vgl. Kap. 2.3) – ist zu beachten, dass die gängige Verknüpfung „ländlich – entlegen – bevölkerungsarm – keine Zukunft“ zu kurz greift. Dies wird deutlich, wenn unter peripher nicht (nur) die geographische Entfernung und der ggf. damit einhergehende erschwerte Zugang zu städtisch/zentralen Zentren verstanden wird, sondern mit dem Begriff „peripher“ die dahinterliegenden Prozesse miteinbezogen werden, die sich als geringe Entwicklungschancen und negativen Entwicklungsdynamiken für die betroffenen Räume darstellen. Diese Aspekte geben eine „soziale, politische und ökonomische Abhängigkeit und Exklusion von Teilräumen“ (Beetz 2007, S.228) wieder – und finden sich unabhängig von der Siedlungsstruktur sowohl in großstädtischen wie auch ländlichen Gebieten (ebd.). Die Analogie von peripher und ländlich wird dadurch aufgebrochen. Deutlich wird dies durch folgenden Unterschied (Beetz 2007, S.228f) ländliche Räume sind demnach als Ganzes vom agrarstrukturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel betroffen, der zwar mit Veränderungen einhergeht, nicht jedoch per se etwas Krisenartiges an sich hat. In peripheren Räumen hingegen, die gemäß ihrer Struktur von wirtschaftlichem Wachstum und (macht)politischen Zentren entfernt sind, führen diese Entwicklungen schnell zu grundlegenden Problemstellungen. Die oben beschriebenen demographischen Änderungen (selektive Migration) und in Kapitel 2.2 in Gänze beschriebenen Prozesse treffen hier auf Räume, deren Anpassungs- und Steuerungskapazitäten schwach sind; zudem potenziert sich die Geschwindigkeit der demographischen Änderung durch die bereits durch sie mitbewirkten sozialstrukturellen Einschnitte. Und dies, wie beschrieben, sowohl in „der Stadt“ als auf „dem Land“.

Deutlich wird, dass es „den ländlichen Raum“ als einheitliche Raumkategorie mit vergleichbaren Kennzeichen, Änderungsprozessen oder Entwicklungspotentialen nicht gibt. Vereinheitlichende Benennungen, die z. B. hinter dem Begriffspaar „urban“ bzw. „rural“ stehen, oder der Versuch, über rein sozioökonomische Parameter die Charakteristik eines Raumes zu erfassen, scheinen wenig geeignet, die Vielseitigkeit – aber auch ganz unterschiedli-

<sup>3</sup> Im Jahr 2005 kommen auf 100 Männer in der Altersgruppe der 18 – 30-Jährigen nur 81 Frauen derselben Altersgruppe (periphere ländl. Räume Ostdeutschland); Deutschlandweit sind es 97 Frauen.

chen Entwicklungsmöglichkeiten - ländlicher Räume abzubilden. Es ist erforderlich, die zahlreichen Aspekte, die „Stadt“ oder „Land“ ausmachen, gleichermaßen zu berücksichtigen. Unter anderem, aber eben nicht nur, die erstgenannten Bevölkerungsparameter; des Weiteren neben der geographischen auch die sozialstrukturelle Ebene von Peripherie und Zentrum, und letztlich darüber hinausgehende Parameter wie den Grad von Transformation und Modernisierung. Diesem Anspruch möchten die folgenden Ausführungen gerecht werden.

## 2.2. Demographischer Wandel

Der Begriff des „demographischen Wandels“ hat seit einigen Jahren Konjunktur und drängt nicht nur zur Beschreibung aktueller und historischer Daten zu Bevölkerungsstruktur, sondern zunehmend als scheinbare verlässliche Größe zur Beschreibung zukünftiger Entwicklung und sogar Rechtfertigung politischer Eingriffe in den gesellschaftlich-politischen Diskurs. Dabei ist die Demographie als eigenständige wissenschaftliche Disziplin und eigener Forschungsstruktur relativ jung<sup>4</sup> und zumeist an andere Disziplinen / Schwerpunkte angegliedert (Barlösius 2007, S.12f). Zentrale Aufgaben der Demographie sind die Erhebung und Auswertung von Daten zur Bevölkerungsstruktur und deren Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht, zu Lebenserwartung und Kinderzahl aus Vergangenheit und Gegenwart. Als Vorgriff sind auch Berechnungen zur weiteren Entwicklung möglich, wobei diese entsprechend der disziplinären Voraussetzungen nur bereits existierende Trends weiterschreiben oder deren Auswirkungen auf Grund denkbarer oder eigens entwickelter Szenarien prognostizieren können. Die den aktuellen Diskurs beherrschende Grundannahme, dass demographische Daten Prognosen zur zukünftig sinnvollen bzw. erforderlichen Ausrichtung von Politik, von Wirtschaft/Arbeitsmarkt oder Bildungssektor liefern können, dass sie soziale Ungleichheiten berechnen oder Konflikte voraussehen kann, bedeutet jedoch ein demographische Umdeutung gesellschaftlicher Probleme. Es verweist zudem darauf, dass die Demographie dafür genutzt wird, Erkenntnisse zu generieren und zu untermauern, die qua disziplinären Ursprungs in der Soziologie beheimatet sind – und sich aus den demographischen Daten auch nicht herzuleiten lassen – sowie dass die Disziplin versucht ist, sich die damit einhergehende übergeordnete Deutungsmacht anzueignen (ebda.).

Eine verwandte Schwierigkeit verbirgt sich hinter dem Begriff der „Demographisierung“. Bieber (Bieber 2011) benennt damit eine Tendenz, jegliches gesellschaftliche oder wirtschaftliche Problem – oft sehr erfolgreich - dem demographischen Wandel zuzuschreiben. In der Politik hilft diese Zuschreibung der Bodenbereitung für „alternativlose“ Reformen, ohne die - nach gern gewählten Worten von Politikern - folgenschwere Konsequenzen zu erwarten wären (ebd.: 11). Verhindert werden durch die Demographisierung allerdings die Suche und Benennung von tatsächlichen Hintergründen oder die Erarbeitung nachhaltig wirksamer Maßnahmen, die gesellschaftliche Strukturen und Rahmenbedingungen eben nicht als fix betrachten. Zudem können durch die schnell gefundene „Verantwortung“ des demographischen Wandels weitergehende Diskussionen beispielsweise über den Anteil politischer Lenkung (oder fehlgeleiteter Wirtschaftspolitik) an ungünstigen Entwicklungschancen einer spezieller Region unterbunden werden (Beetz 2007, S.241 in Bieber 2011, S.24).

---

<sup>4</sup> Die Aussage bezieht sich auf Deutschland, in dem nach den Erfahrungen in der NS-Zeit Demographie als explizite Grundlage politischer Entscheidungen oder Ziele lange Zeit keine Basis darstellte bzw. stellen sollte.



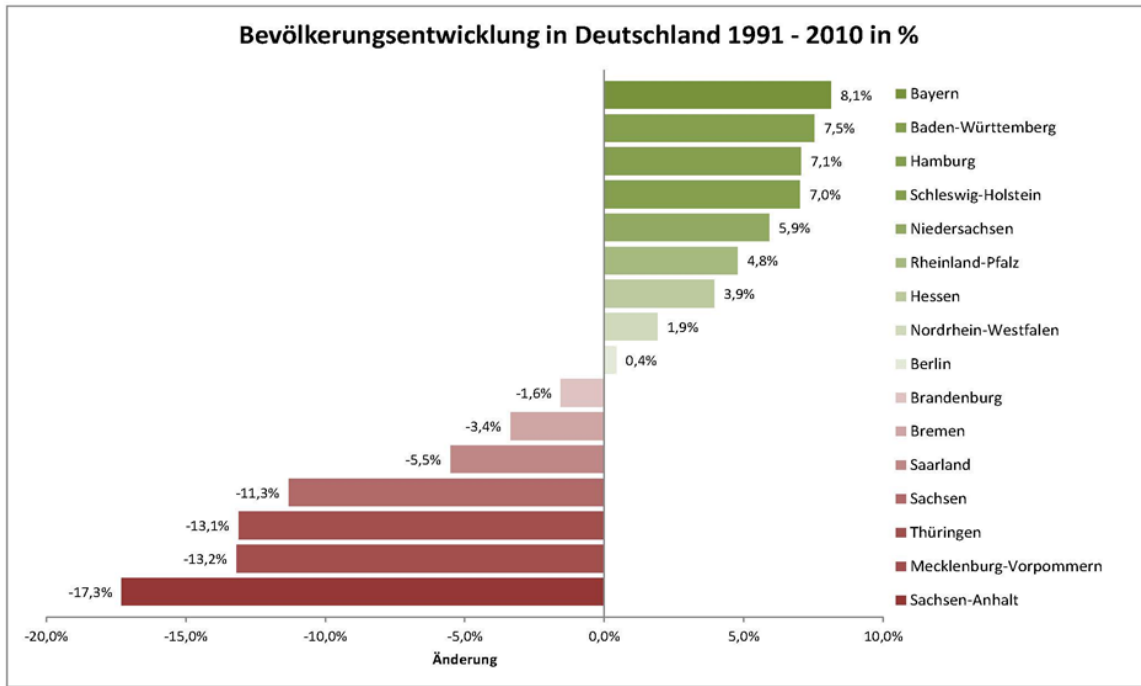
In der Folge ist darauf zu achten, (nur) die realen Wirkungen demographischer Änderungen im ländlichen Osten Deutschlands zu erkennen und in die weitere Betrachtung mit aufzunehmen. Zu unterscheiden davon sind Entwicklungen, bei denen die Demographie „nur“ als Problemverstärker auftritt und es die betreffenden Probleme auch ohne demographische Änderungen geben würde.

Zentrale Prozesse, die unter „demographischem Wandel“ subsummiert werden, sind zum einen ein Absinken der Bevölkerungszahl, die insbesondere aus einer sinkenden Geburtenrate resultiert<sup>5</sup>, z. T. auch in Abwanderung (regional sowohl als Binnenmigration als auch internationaler Abwanderung) begründet ist. Ergänzt wird dieser Trend durch eine Erhöhung des Durchschnittsalters der Bevölkerung, woraus eine bislang unbekannte Verteilung von Personen vor bzw. nach dem Erwerbsleben und Erwerbstätigen ergibt. Das vielzitierte „bunter werden“ der Bevölkerung durch Zuzug hat eine Größenordnung, die in manchen Teilen des Landes zu einer stärkeren Durchmischung führt. Die Zahlen sind dennoch auf einem Niveau, dass der allgemeine Schrumpfungstrend dadurch nicht aufgefangen werden kann.

Um die Dimension des Schrumpfens erfassen zu können, bieten sich Zahlen des Statistischen Bundesamtes an, wonach die Bevölkerung Deutschlands von 82 Millionen Einwohnern im Jahr 2008 auf 65 – 70 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen wird. Der erwartete Alterungsprozess wird 16,8 Millionen Menschen über 65 Jahren im Jahr 2008 und erwarteten 22 Millionen im Jahr 2060 beziffert (Bieber 2011, S. 10). Daten zur zurückliegenden Bevölkerungsentwicklung liefern Hinweise auf die regionale Verteilung, was in der folgenden Abbildung dargestellt wird und den Blick dafür schärft, was nicht eventuell zukünftig zu erwarten ist, sondern was bereits jetzt Realität ist:

---

<sup>5</sup> Zu beachten ist, dass die Geburtenrate in Deutschland seit über 150 Jahren kontinuierlich sinkt, es sich also nicht um einen aktuellen oder kurzfristigen Anpassungstrend handelt.

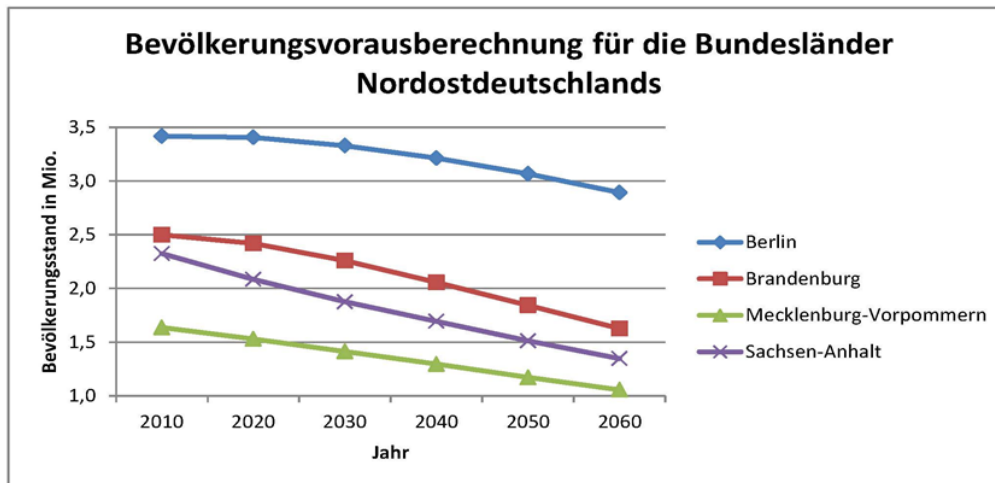


**Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung von 1991 - 2010**

Quelle: Daten entnommen aus: (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2012c)

Klar ersichtlich ist, dass Schrumpfung zumindest aktuell kein deutschlandweites Phänomen ist, sondern sich fast ausschließlich in den ostdeutschen Bundesländern abspielt. Eine Fortschreibung dieses Prozesses findet sich in folgenden Annahmen der weiteren Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern<sup>6</sup>, was folgende Abbildung wiedergibt:

<sup>6</sup> Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung mittlere Bevölkerungsuntergrenze (Variante 1-W1): Statistisches Bundesamt (Destatis) 2012



**Abbildung 2: Bevölkerungsprognose für Bundesländer Nordostdeutschlands**

Quelle: Daten entnommen aus: (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2012)

Basis für diese Berechnung sind die Annahmen, dass die Geburtenhäufigkeit während des gesamten Zeitraums der Vorausberechnung mit 1,4 Kindern pro Frau annähernd konstant bleibt und dabei das Alter der Frau bei der Geburt weiter zunimmt, dass die Lebenserwartung bis 2060 für Mädchen auf 89,2 und für Jungen auf 85,0 Jahre steigt und der Auswanderungssaldo der Bevölkerung jährlich 100.000 beträgt (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2012c).

Eine Folge der Bevölkerungsabnahme ist, dass die Kosten pro Person für die vom Staat (bzw. dem Land / der Gemeinde) bereitgestellten Leistungen der Daseinsvorsorge steigen und unter Sparzwang ggf. zurückgefahren werden. Unter Daseinsvorsorge werden Leistungen der Verwaltung verstanden, aber auch die Bereitstellung von Angeboten zu Kultur und Bildung. Dabei wird eine Differenzierung von Leistungen vorgenommen, die in Anspruch genommen werden müssen und die zur Grundversorgung zählen (z. B. Gas, Wasser, Elektrizität) und Leistungen, deren Nutzung aus eigenem Antrieb geschieht (z. B. Theater, Volkshochschule) (Neu 2007, S.12). Ursprünglich wurde der Begriff Daseinsvorsorge in den 1930er Jahren vom Staatsrechtler Ernst Forsthoff in die deutsche Staats- und Verwaltungslehre eingebracht<sup>7</sup>. Forsthoff definierte Daseinsvorsorge als Leistungen, die für den modernen Menschen lebensnotwendig seien. Später änderte er diese Definition und führte den Begriff der Lebensnotwendigkeit ein (Neu 2007, S.11).

<sup>7</sup> Die Ursprünge des Begriffs reichen in die Zeit des Nationalsozialismus, als Ernst Forsthoff es nach seinem 1933 erschienen Werk „Der totale Staat“ 1938 im Kontext der Leistungsverwaltung in seinem Buch „Die Verwaltung als Leistungsträger“ einführte. Mittlerweile wird der unbestimmte Rechtsbegriff in Bezug auf die Kommunalwirtschaft genutzt und erlebt im Zuge der fortschreitenden Privatisierung eine neue Aktualität.

Insbesondere ländliche Regionen mit geringer Einwohnerdichte machen erste Erfahrungen damit, was es heißt, wenn sich der Staat aus der Daseinsvorsorge zurückzieht. Denn trotz der verfassungsmäßig festgesetzten<sup>8</sup> Ausgleichszahlungen wird die Finanzierung der Infrastruktur in ländlichen Gebieten zunehmend schwieriger. Hintergrund dafür ist, dass Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, soziale Einrichtungen und der öffentliche Nahverkehr durch eine sinkende Bevölkerungszahl weniger genutzt und dadurch unrentabler werden. Bei Ver- und Entsorgungssystemen wie z.B. der Kanalisation ist die Folge der geringeren Nutzung eine Überdimensionierung, da die Systeme für andere Verbrauchsmengen geschaffen wurden (Bieber 2011, S.306). Auf der anderen Seite fällt die Aufrechterhaltung z. B. der notärztlichen Versorgung schwer, da eine geringerer Bedarf zu unrentableren Angeboten oder als Lösung einer Verschlechterung des Angebots durch größere abzudeckende Räume führt. Letztlich kann der beschriebene Prozess zu einem Kreislauf führen, bei dem Schrumpfung zu geringerer Attraktivität und diese zu weiterer Schrumpfung und nochmals sinkender Attraktivität führt. Auf der anderen Seite kann die Sicherung von z. B. Mobilität und Erreichbarkeit der „Attraktivität und Zukunftsfähigkeit der ländlichen Regionen als Wirtschafts- und Lebensräume“ dienen (Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, S.1) und zumindest zu einer Verminderung der Entleerung des ländlichen Raums beitragen (ebd.).

Ein weiterer Aspekt, der im Kontext des Rückzugs des Staates aus der Daseinsvorsorge häufig genannt wird, ist die Übernahme von Verantwortung durch Individuen oder Gruppen im Ehrenamt. Dies kann sowohl als Antwort auf politische Forderungen (z. B. der Brandenburger SPD, die das Schicksal Brandenburgs gerne deutlich stärker als Angelegenheit der Bürger sehen möchte, die im Lande leben, Landesfraktion Brandenburg SPD 2006) als auch auf individuellen Impulsen beruhen. Ansätze dafür finden sich z. B. dort, wo der öffentliche Personennahverkehr eingestellt wurde und ehrenamtlich betriebene Bürgerbusse den öffentlichen Personennahverkehr ersetzen (Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg 2012), bei der kommunalen Selbstversorgung mit Strom, in dem z. B. biologische Kleinkläranlagen Biogas erzeugen (Bieber 2011, S.318) oder ehrenamtlich geführten Dorfbibliotheken. Abgesehen von der Frage, in wie weit die Zivilgesellschaft den Rückzug des Staates aus seinen originären Aufgaben auffangen kann oder überhaupt soll – bzw. ob die Gesellschaft mangelnden politischen Willen oder sogar Fehlentscheidungen korrigieren kann / soll, stellt sich die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen eine ehrenamtliche Übernahme von Aufgaben der Daseinsvorsorge funktionieren kann. Eine Bürgerbefragung in 5 Dörfern in Brandenburg (Stöber und Jahnke 2006) ergab, dass Art und Ausmaß des persönlichen Engagements stark von äußeren Rahmenbedingungen abhängen. So ist die wichtigste Voraussetzung eine materielle Grundsicherung, die von Ängsten und Nöten des Überlebens befreit. Mitglieder von Parteien, Verbänden, Vereinen und Kirchen sind beim Ehrenamt besonders stark vertreten, ebenso wie Angehörige der Mittelschicht in besseren beruflichen Positionen und Angestellte im öffentlichen Dienst. Schwächer vertreten sind hingegen Ausländer, Jugendliche, Frauen, ältere Arbeitnehmer, untere Einkommensschichten und Menschen mit wenig Zeit (Stöber

---

<sup>8</sup> Grundgesetz (Art 72 Abs. 2): Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in urbanen und ruralen Räumen: Mittel (u. a.): gesetzlich festgelegte Ausgleichszahlungen; politische Instrumente: umverteilende Finanzierung über öffentliche Abgaben, Transfers und Leistungen, Beetz 2006, S.11.

und Jahnke 2006, S.13). Insbesondere in Regionen, die bereits eine starke Schrumpfung erfahren haben, scheint ein gewisses Mindestmaß an Gesellschaftlichkeit unterschritten zu sein, so dass es fraglich ist, „ob und inwieweit Selbsthilfekapazitäten [...] überhaupt noch ausreichen“ (Stöber und Jahnke 2006, S.13).

Als Ergänzung zur staatlichen Grundversorgung, die selbst noch dabei ist, neue Wege bei sich ändernden demographischen Gegebenheiten zu finden und zu erproben, bietet das Ehrenamt wertvolle Beiträge. Es kann und soll jedoch staatliche Aufgaben nicht ersetzen – oder durch gute Funktionalität einem weiteren Rückzug Vorschub leisten.

## 2.3. Agrarstrukturwandel

Neben den demographischen Änderungen ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft der zweite große Wandlungsprozess, der Leben und Arbeit im ländlichen Raum beeinflusst. Grob vereinfacht umfasst er die Entwicklung zu weniger Betrieben mit durchschnittlich steigender Betriebsgröße bei insgesamt steigender Produktivität. Diese „klassische“ Entwicklung des Agrarstrukturwandels ist in Deutschland insbesondere im Westen anzutreffen – die ostdeutschen Bundesländer standen bei der Wiedervereinigung durch ihr divergierendes politisches und (land-)wirtschaftliches System vor einer anderen Ausgangslage, auf die im Detail unter 2.3.3 eingegangen wird. Insgesamt betrifft der Agrarstrukturwandel alle europäischen Länder, jedoch verläuft er mit Blick auf Geschwindigkeit und Intensität innerhalb der EU oder auch innerhalb einzelner Länder unterschiedlich (IG Bauen-Agrar-Umwelt 2010, S.6).

### 2.3.1. Agrarstruktur

Einen zahlenmäßigen Überblick zur Zahl landwirtschaftlicher Betriebe in den erhobenen Größenklassen für das gesamte Bundesgebiet gibt Tabelle 1. Unterschiede in der Entwicklung und Betriebsstruktur in Ost- und Westdeutschland sind aus den folgenden Tabellen 2 und 3 ersichtlich.

Tabelle 2: Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe im gesamten Bundesgebiet

| Betriebsgröße<br>von...bis unter...ha<br>LF | Deutschland |         |         |         |         |
|---|-------------|---------|---------|---------|---------|
|   | 1995        | 2001    | 2005    | 2007    | 2010    |
| 5-20  | 188722      | 152080  | 129199  | 120533  | 186600  |
| 20-30                                       | 63835       | 44379   | 37047   | 34314   |         |
| 30-50                                       | 69049       | 58284   | 51287   | 48508   |         |
| 50-100                                      | 51692       | 55054   | 54406   | 53399   | 51600   |
| 100 bis 200                                 | 19897       | 26324   | 30297   | 31879   | 22800   |
| 200 und mehr                                |             |         |         |         | 10800   |
| Gesamtzahl der<br>Betriebe über 5ha<br>LF   | 393 195     | 336 121 | 302 236 | 288 633 | 271 800 |

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Kapitel C, Landwirtschaft, Jahr 2010

**Tabelle 3: Betriebsgrößen und Anzahl in den neuen Bundesländern**

| Betriebsgröße<br>von...bis unter...ha<br>LF | Neue Bundesländer |       |       |       |       |
|---|-------------------|-------|-------|-------|-------|
|   | 1995              | 2001  | 2005  | 2007  | 2010  |
| 5-20  | 6887              | 7524  | 7084  | 7266  | 7100  |
| 20-30                                       | 1585              | 1743  | 1742  | 1732  | 6100  |
| 30-50                                       | 1680              | 1984  | 1932  | 1955  |       |
| 50-100                                      | 2182              | 2474  | 2460  | 2450  |       |
| 100 bis 200                                 | 2369              | 2713  | 2641  | 2636  | 2500  |
| 200 und mehr                                | 5414              | 6066  | 6333  | 6397  | 6400  |
| Gesamtzahl der<br>Betriebe über 5ha<br>LF   | 20117             | 22504 | 22192 | 22336 | 22100 |

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Kapitel C, Landwirtschaft, Jahr 2010

**Tabelle 4: Betriebsgrößen und Anzahl in den alten Bundesländern**

| Betriebsgröße<br>von...bis unter...ha<br>LF | Früheres Bundesgebiet |        |        |        |        |
|---|-----------------------|--------|--------|--------|--------|
|   | 1995                  | 2001   | 2005   | 2007   | 2010   |
| 5-20  | 181835                | 144271 | 121854 | 113016 | 103300 |
| 20-30                                       | 62250                 | 42563  | 35239  | 32514  | 72200  |
| 30-50                                       | 67369                 | 56200  | 49268  | 46471  |        |
| 50-100                                      | 49510                 | 52911  | 51842  | 50949  | 49100  |
| 100 und mehr                                | 12114                 | 17501  | 21270  | 22791  | 24700  |
| Gesamtzahl der<br>Betriebe über 5ha<br>LF   | 373078                | 312996 | 279473 | 265741 | 249300 |

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Kapitel C, Landwirtschaft Jahr 2010

Ein regionales Bild der Verteilung der Betriebe und der dahinter liegenden Agrarstruktur liefert Tabelle 5. Deutlich wird insbesondere der Unterschied in der durchschnittlichen Betriebsgröße zwischen Ost und West (und weniger ausgeprägt zwischen Nord und Süd).

Tabelle 5: Betriebsgrößen in den verschiedenen Bundesländern

| Bundesland             | Anzahl der Betriebe | Bewirtschaftete Landfläche (LF in ha) | Durchschnittliche Betriebsgröße in ha |
|------------------------|---------------------|---------------------------------------|---------------------------------------|
| Baden-Württemberg      | 39 776              | 1 374 595                             | 34,6                                  |
| Bayern                 | 88 362              | 3 029 984                             | 34,3                                  |
| Berlin                 | 62                  | 2 162                                 | 34,9                                  |
| Brandenburg            | 5161                | 1 319 395                             | 255,6                                 |
| Bremen                 | 145                 | 7 992                                 | 55,1                                  |
| Hamburg                | 739                 | 13 955                                | 18,9                                  |
| Hessen                 | 15801               | 743 054                               | 47                                    |
| Mecklenburg-Vorpommern | 4386                | 1 347 483                             | 307,2                                 |
| Niedersachsen          | 39 160              | 2 542 685                             | 64,9                                  |
| Nordrhein-Westfalen    | 33 588              | 1 441 800                             | 42,9                                  |
| Rheinland-Pfalz        | 18 556              | 690 389                               | 37,2                                  |
| Saarland               | 1 077               | 75 179                                | 69,8                                  |
| Sachsen                | 5662                | 905 657                               | 159,9                                 |
| Sachsen-Anhalt         | 3970                | 1 168 029                             | 294,2                                 |
| Schleswig-Holstein     | 12 851              | 982 695                               | 76,5                                  |
| Thüringen              | 3184                | 782 816                               | 245,9                                 |
| Gesamt                 | 272480              |                                       |                                       |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Reihe 1, 2010

Neben der Größen- und Intensitätsänderung ist auch die Größe der landwirtschaftlich genutzten Flächen von Änderungen betroffen. 2007 wirtschafteten in Deutschland 343.159 landwirtschaftliche Betriebe auf einer Fläche von rund 16,9 Millionen Hektar. Dabei weist die landwirtschaftlich genutzte Fläche zwischen 1999 und 2010 einen Rückgang von jährlich 26.200 ha auf<sup>9</sup>. Wird dieser durchschnittliche Rückgang bis 2021 fortgeschrieben, resultiert eine zu erwartende Fläche von etwa nur noch 16,5 Mio. ha (Offermann 2012, S.10).

Auch die Rechtsform der Betriebe unterscheidet sich zwischen Ost und West. Dazu als Hintergrund: bei „Einzelunternehmen“ ist eine natürliche Person Alleininhaber eines selbstständig wirtschaftenden Betriebes. Liegt kein entsprechender Vertrag vor, sind Ehepaar, Geschwister und Erbengemeinschaften ebenfalls als Einzelunternehmen anerkannt. Bei „Personengemeinschaften“ sind mehrere natürliche Personen als Gesellschafter Träger der Rechte und Pflichten in ihrer Verbundenheit und müssen sich nach den Regeln der Gesamtheit richten; sie verfügen über keine eigene Rechtspersönlichkeit (Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Personengesellschaft, in der sich zwei oder mehrere natürliche oder juristische Personen zusammengeschlossen haben). Bei Betrieben der Rechtsform „juristische Person“ sind

<sup>9</sup> Für weitergehende Vergleichsdaten ist zu beachten, dass die betriebliche Erfassungsgrenze im Rahmen der Landwirtschaftszählung bereits 1999 1 auf 2 ha und 2010 von 2 auf 5 ha angehoben und damit rund 200.000 ha bzw. 160.000 ha LF nicht mehr erfasst wurden.

deren Inhaber juristische Personen des privaten (Genossenschaften, e.V. oder GmbHs, Unternehmensgesellschaften (UH), AGs oder Stiftungen) oder öffentlichen Rechts (Kirche oder Stadt, Land usw.) (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2012b, S.11).

Sind in westdeutschen Ländern vermehrt Einzelunternehmen vertreten, so verteilen sich in Brandenburg die Rechtsformen wie folgt (Zahlen von 2005): von insgesamt 6.668 Unternehmen sind 248 Genossenschaften, 648 sind GmbH's, 647 Personengesellschaften und 5.077 Einzelunternehmen.

### **2.3.2. Exkurs: GAP**

Hintergrund der aktuellen Situation in der Landwirtschaft ist die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik, die seit 1957 die Landwirtschaft in Westdeutschland geprägt hat und seit der Wiedervereinigung maßgeblich für alle Bundesländer geworden ist. Die Gemeinsame Agrarpolitik ist eine der ersten und nach wie vor bedeutendsten Gemeinschaftspolitiken der Europäischen Union. Sie geht auf die Römischen Verträge von 1957 zurück und verfolgt das Ziel, den Handel innerhalb der Gemeinschaft zu stärken und die Handelsbeschränkungen abzubauen. Dabei sollte auf gerechteren Wettbewerb zwischen den Regionen geachtet und Überschüsse vermieden werden (Bundesministerium für Ernährung).

Im Jahre 1962 trat die GAP mit der Marktorganisation mit drei Grundprinzipien in Kraft: Einheit des Marktes, Gemeinschaftspräferenz und finanzielle Solidarität. Ihre Wirkung entfaltete diese Marktorganisation 1967, als erstmals ein Mindestpreis für Getreide festgesetzt wurde. Nach und nach entstanden für die unterschiedlichsten Warenbereiche insgesamt 22 Marktorganisationen, die alle das gleiche Ziel verfolgten: Absicherung eines bestimmten Erzeugerpreisniveaus und damit des Einkommens in der Landwirtschaft.

Erst vor dem Hintergrund des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) und rasant gestiegener Ausgaben kam es in den 1980er-Jahren zu einem Paradigmenwechsel. Mit der Verpflichtung, die interne Stützung abzubauen, Einfuhrzölle auf Agrarerzeugnisse zu senken und Ausfuhrbeihilfen zu reduzieren, wandte sich die europäische Agrarpolitik von der Markt- und Preisstützung ab und stellte die direkte Einkommensstützung in den Vordergrund. Mit der Agrarreform 1992 wurden die Stützpreise für Getreide und Rindfleisch gekürzt und Ackerflächen stillgelegt. Als Ausgleich erhielten die Landwirte Direktzahlungen. Erstmals fanden in größerem Maße Umweltbelange Eingang in die Gemeinsame Agrarpolitik. Die Reformen in der Agrarpolitik wurden mit der Agenda 2000 fortgesetzt. Mitgliedstaaten konnten die Direktzahlungen an die Einhaltung von Umweltvorschriften knüpfen. Die wichtigste Änderung war der Ausbau der eigenständigen Agrarstrukturpolitik, der 2. Säule. Deren Ziel ist die Förderung der Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes durch langfristige Maßnahmen zugunsten einer Verbesserung der Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen sowie der Rahmenbedingungen der landwirtschaftlichen Tätigkeit.

Mit der Agrarreform von 2003 wurden die Direktzahlungen von der Produktion entkoppelt und Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel abgebaut. Um die Direktzahlungen in voller Höhe zu erhalten, müssen die Landwirte Auflagen im Umwelt-, Tier- und Pflanzenschutz, bei der Tiergesundheit, beim Boden- und Gewässerschutz sowie bei der Lebensmittelsicherheit erfüllen.



2008 wurde von der EU im Zuge der Überprüfung der Reform von 2003 (Health Check) beschlossen, die Modulation aufzustocken und betriebsgrößenabhängig Beihilfen zu kürzen. Die Mittel soll stattdessen für Projekte in den Bereichen Klimawandel, erneuerbare Energien, Biodiversität, Wassermanagement, Innovation und Forschung sowie in der Milchviehhaltung eingesetzt werden. Gegenwärtig wird der Entwurf für die Änderungen von GAP diskutiert. Zahlreiche Politikempfehlungen wurden von Interessengruppen, Politik und Wissenschaft veröffentlicht. Bis 2013 wird die Agrarförderung vollständig auf regional einheitliche Flächenzahlungen umgestellt, gebunden an klare Vorgaben beim Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie der Lebensmittelsicherheit (Europäische Kommission 2010).

### **2.3.3. Transformation der ostdeutschen Landwirtschaft**

*von Monika Weber*

#### **1945 - 1960**

Die gegenwärtige Agrarstruktur in Ostdeutschland ist nicht ohne einen Blick in die Geschichte zu verstehen. Bereits 1945 beginnt in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die demokratische Bodenreform. Diese umfasst die entschädigungslose Enteignung von Betrieben (samt Inventar) mit mehr als 100 ha sowie von Betrieben jeglicher Größe, deren Eigentümer aktive NSDAP-Mitglieder waren oder sich Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben. Die enteigneten Flächen werden in einem Bodenfonds zusammengeführt, die enteigneten Gerätschaften in Maschinen-Ausleih-Stationen eingebracht (Hohmann 1985, S.15). Bis zum Ende der Aktion im Jahr 1949 wird eine Landfläche (inklusive Wald) von etwa 3,3 Mio. Hektar in den Bodenfonds übernommen (Runnwerth 2010, S.15). Die Flächen werden an Landarbeiter, Heimatvertriebene, landarme Bauern und Pächter verteilt. Insgesamt werden 559.089 Menschen begünstigt (Schöne 2008, S.62). Es werden rund 210.000 Neubauernstellen eingerichtet, die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt 8,1 Hektar.

Die Bodenreform soll offiziell die nach dem Krieg stark geschwächte Nahrungsmittelproduktion sichern und den Selbstversorgungsgrad erhöhen. Da jedoch daran festgehalten wird, obwohl Mangelwirtschaft und Versorgungsengpässen zu verzeichnen sind, dürften andere Gründe dahinter liegen, wie z. B. die Hoffnung, mit dem Landgeschenk die Neubauern an die KPD zu binden und sie als „loyale Bündnispartner zu gewinnen“ (Werkentin 2010, S.21). Auch will man „die Macht der Rittergrundbesitzer brechen“ (Schöne 2008, S.50), sprich die der als Junker bezeichneten Vertreter des preußischen Landadels. So sollen „[...] auch die Sozialstruktur auf dem Lande, die gewachsenen Beziehungen in den Dörfern und nicht zuletzt die Machtverhältnisse umfassend und dauerhaft verändert werden“ (Schöne 2010, S.19).

Am 01. Juni 1948 endet die Bodenreform. Parallel wechselt das Feindbild vom Junker und Großgrundbesitzer hin zum Großbauern mit mehr als 20 Hektar Wirtschaftsfläche. Die Leiter dieser meist rentabel wirtschaftenden und besser ausgestatteten Betriebe zeichnet man als Klassenfeind, der mit ausbeuterischem Verhalten die werktätigen Bauern unter Druck setzt und die Arbeit von Klein- und Mittelbauern behindert. Diese Phase des Klassenkampfes kann bereits als Vorstufe zur Kollektivierung gesehen werden, bei der die „ländliche Elite“ aus alteinge-

sessenen, einflussreichen Bauern im Weg ist. Denn nach Lenin würde die proletarische Staatsmacht erst, „nach einem »entscheidenden, schonungslosen, vernichtenden Schlag« gegen die kapitalistischen »Elemente« in den Dörfern“ (Schöne 2008, S.88) angenommen werden. Durch die Einführung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) überträgt die SED die Lieferung von Betriebsmitteln und den Aufbau von Ausleihstationen an eine ihr nahestehende Institution, die auch zunehmend zum propagandistischen Sprachrohr des Regimes wird. Über die Kontrolle der der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Produktionsbereiche wird sie zu einer der relevantesten Umsetzungsinstitutionen der Kollektivierungspolitik, die z. B. den Handel mit und die Belieferung von privat geführten Betrieben einstellt (Gerke 2010, S.91f.). Als wirkungsvollstes Instrument der Verdrängung erweisen sich steigende, nicht realisierbare Ablieferungspflichten für Großbauern, die über folgende Nichterfüllung der Vertragspflichten zu deren gerichtlicher Verfolgung führt und so den Weg für vermeintlich auf Recht fußenden Enteignungen frei macht.

1952 beginnt der Prozess der Kollektivierung, der bis zum Jahre 1957 zu 6691 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) führt, die 25,2% der Landesfläche bewirtschaften (Hohmann 1985, S.16). Weil die meisten Mitglieder landwirtschaftlich unerfahren sind und/oder schwache Betriebe führen sowie nur wenige starke Betriebe eintreten, bleiben auch die Leistungen der ersten LPG hinter den Erwartungen zurück. Um den Beitrittsdruck auf Einzelbetriebe weiter zu erhöhen, werden die LPG durch z. B. günstigere Konditionen bei Maschinen-Austausch-Stationen, geringere Ablieferungsnormen oder Krediten gefördert (Hohmann 1985, S.16); (Schöne 2008, S.105). Doch auch diese Anreize führten nicht zum erhofften Anstieg wirtschaftlich gesunder Mitgliedsbetriebe. In der Folge bleibt der Beitritt zur LPG zwar weiterhin freiwillig, doch wird nach der ‚Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung‘ im Februar 1953 die Repressionspolitik nochmals verschärft, indem z. B. Besitzern von landwirtschaftlichen Flächen die weitere Bewirtschaftung untersagt werden, wenn sie gegen DDR-Gesetze verstoßen. Zugleich wird mit der Erhöhung der Pflichtablieferung bei gleichzeitiger Beschneidung des Zugangs zu Krediten, Technik und Düngemitteln dafür gesorgt, dass ein Gesetzesverstoß schnell geschieht. In der Folge werden in den ersten sechs Wochen nach Verordnungserlass 6518 Betriebe beschlagnahmt (Schöne 2008, S.110). Eine andere Auswirkung ist ein sprunghafter Anstieg der Republikflucht seitens der Bauern: Verließen in den ersten drei Monaten des Jahres 1952 455 Bauern das Land, sind es im ersten Quartal 1953 rund 5600 (Schöne 2010, S.25).

Vor dem Hintergrund der Arbeiteraufstände im und um den Juni 1953, die sowohl in den Städten als auch sehr intensiv auf dem Land geführt wurden und der sich auf hohem Niveau einpendelnden Republikflucht wird auf Veranlassung der sowjetischen Führung die Repressionspolitik abgeschwächt. Geflohene Bauern können zurückkommen und bekommen ihr Land zurück, unter Zwang entstandene LPG sollen aufgelöst werden und Einzelbetriebe erhalten wieder Förderung (Schöne 2008, S.112; Werkentin 2010, S.56). Das Ziel der Kollektivierung hat die SED jedoch immer noch vor Augen und setzt sie ab dem Jahre 1958 weiter fort. Privat wirtschaftende Bauern werden erneut mit nicht realisierbaren Ablieferungsleistungen belegt um sie später enteignen, inhaftieren bzw. zum Beitritt in eine LPG zwingen zu können. 1960 werden die noch vorhandenen etwa 450.000 Betriebe „unter Einsatz aller Mittel“ (Hohmann 1985, S.16) kollektiviert. So zogen tausende ‚Werber‘ in die Dörfer, um mit

Einzelpersonen zu diskutieren und psychologischen Druck auszuüben. Es folgen willkürliche Verhaftungen, die Inhaftierung sich widersetzender Personen bis zur Unterschrift der LPG-Beitrittserklärung oder die Öffentliche Ausschreibung von Personen, die sich einem Beitritt verweigerten (Schöne 2008, S.131f.); (Bauerkämper 2009, S.104f.). Erneut entscheiden sich viele Bauern für die Flucht, manche sehen in der Selbsttötung die letzte Möglichkeit, ihre Ehre zu wahren (Grashoff 2010). Walter Ulbricht verkündet die Vollkollektivierung am 25. April 1960.

### 1960 - 1990

In den folgenden Jahren liegt der Schwerpunkt auf der Festigung der LPG, die nach der übereilten Vollkollektivierung zumeist keinen organisierten Großbetrieb darstellen, sondern eine Ansammlung von Einzelbetrieben. Zudem dominiert mit der LPG-Form I jene mit dem niedrigsten Grad an Vergenossenschaftlichkeit. Ab den 1960er Jahren beginnt die SED mit der Etablierung einer neuen Leitlinie in der Landwirtschaft, dem „Übergang zur industriemäßigen Produktion“ (Heinz 2011, S.41). Mit dieser Umstellung sollen nicht nur die Erträge gesteigert werden, sondern vollends der Gegensatz zwischen Stadt und Land aufgehoben werden. Das bäuerliche Denken soll überwunden werden und die LPG-Bauern eine sich den Industriearbeitern angleichende, einheitliche Schicht bilden. Wichtige Elemente stellen hierbei Kooperation, Konzentration und Spezialisierung dar. Wichtige Bedingung, um „das Idealbild einer großräumigen Feldwirtschaft [...]“ (Heinz 2011, S.55) zu erreichen und Maschinen und Agrarchemie besser einsetzen zu können, ist die Vergrößerung der Betriebsflächen.

Als weiteres Element werden horizontale und vertikale Kooperationen gefördert. Bei der horizontalen Kooperation arbeiten LPG und volkseigene Güter (VEG), die vollständig dem Staat gehören, zusammen. Auch wenn diese Kooperationsgemeinschaften (KOG) im Zuge fortschreitender Industrialisierung an Bedeutung verlieren, begründen sie die Entwicklung von Schwerpunktproduktionen (beispielsweise Kartoffelanbau) tragen zum Ziel bei, Acker- und Feldbewirtschaftung innerhalb der KOG zu eigenständigen Betrieben auszubilden (Heinz 2011, S.74). Ab 1967 wiederum sollen die KOG ihre pflanzliche Erzeugung in Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP) auslagern, die für die Betriebe ausschließlich auf den Boden bezogene Leistungen übernehmen, was zur Loslösung der Tierhaltung von der Flächenbewirtschaftung führt. Die gleichzeitige Produktion von tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen wird als Überrest aus der „Manufakturperiode der Landwirtschaft“ (Heinz 2011, S.76) gesehen, gilt als „gestrig“ und für eine industriemäßige Produktion nicht geeignet. Große Kooperationen werden auch deshalb forciert, weil sie hinsichtlich des Grads der Vergesellschaftlichung von Eigentum nochmals über einzeln wirtschaftenden LPG stehen.

Parallel zu Etablierung der KAP werden Arbeitsfelder, die nicht unmittelbar der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse dienen, ausgelagert und an sogenannte zwischengenossenschaftliche Einrichtungen (ZGE) übertragen. Diese bilden sich zunächst in den Bereichen der Agrarchemie, der Waldwirtschaft und der Melioration, später dann im Bauwesen und der Tierzucht. Die agrarchemischen Einrichtungen übernehmen die Düngung, das Ausbringen der Spritzmittel sowie teilweise auch die Aussaat. Auch die tierische Erzeugung wird zunehmend industrialisiert. Besonderer Auswuchs des Fortschrittsglaubens sind die sogenannten Kombinate für Industrielle Mast (KIM). In diesen von der landwirtschaftlichen Fläche völlig unabhängigen Großanlagen wird der Produkti-

onsschwerpunkt zunächst auf Masthähnchen und Eier gelegt, später kommen Anlagen für Schweine und Rinder hinzu. Von den anderen Großanlagen für industrielle Tiererzeugung unterscheiden sich die KIMs durch ihren höheren Tierbesatz und dadurch, dass sie sich vollständig im Eigentum des Staates befinden.

Im Unterschied zur horizontalen Kooperation arbeiten bei der vertikalen Kooperation Akteure zusammen, die sich in verschiedenen Phasen mit der Herstellung und Verarbeitung eines Produktes befassen. Die Kooperation findet nicht innerhalb eines Sektors statt, sondern zwischen vor- und nachgelagerten Sektoren oder zwischen Zulieferer- und Weiterverarbeitungsbetrieben. In der Landwirtschaft sind das Lebensmittelverarbeitung, Handel oder auch Landmaschinenherstellung. Vereinigungen dieser Art werden als Kooperationsverbände (KOV) bezeichnet und existieren für die Lebensmittelgruppen Fleisch, Milch, Obst/Gemüse, Kartoffeln, Getreide und Zuckerrüben. In den KOV drücken sich die Konzentrations- und Spezialisierungsbestrebungen der SED aus. Bewirtschaften die LPG nach der Vollkollektivierung eine Fläche von durchschnittlich 280 Hektar, sind es bei einer KAP im Jahr 1974 bereits rund 4.000 Hektar (Bauerkämper 2002, S.200). Auch die Anzahl der LPG spiegelt den Konzentrationstrend wieder: sie verringert sich von etwa 19.000 im Jahr 1960 auf etwa 4.000 im Jahre 1984 (Bauerkämper 1997, S.36). Der Höhepunkt der Konzentrationsbestrebungen zeigt sich zur Mitte der 1970er Jahre in Agrar-Industrie-Vereinigungen (AIV). Diese unterscheiden sich von den KOV noch einmal durch die Größe (geplant ist für jeden Bezirk eine AIV aufzubauen) und ihrer einheitlichen Leitung. Durchschnittlich verwaltet eine AIV eine Flächengröße zwischen 23.000 ha und 40.000 ha (ebd., 175).

Die Phase der AIV dauerte jedoch nicht lange. Angesichts nicht mehr zu leugnender negativer Auswirkungen von Konzentration und Spezialisierung wird bereits mit Beginn der 80er Jahre der Kurs der letzten Jahre revidiert. Die durchaus erzielten Ertragssteigerungen werden teilweise durch die mit den großen Distanzen verbundenen Kosten wieder aufgezehrt. Die Tiergroßanlagen sind mit hohen Kosten für die Seuchenvorbeugung und tierärztliche Versorgung verbunden. Zudem kommt es zwischen den Betrieben der Tier- und Pflanzenproduktion zu Interessenskonflikten. Während die Betreiber der Tierproduktion daran interessiert sind, die anfallende Gülle günstig auf den Feldern ausbringen zu lassen, befürchten die pflanzenbauenden Betriebe eine Verschlechterung der Bodenqualität durch Überdüngung (Schöne 2008, S.154f.). Zudem werden Umweltprobleme immer sichtbarer: Um große, arbeitswirtschaftliche Schläge zu ermöglichen, wurden Gehölze und Hecken abgeholzt, was einerseits zu Erosion, andererseits zu Bodenverdichtung durch die entsprechend größer werdende Maschinen führt. Zu viel oder falsch ausgebrachte Spritz- und Düngemittel (zu einem Drittel aus der Luft erfolgend) belasten Gewässer. Besonders jedoch bringt das oben genannte Gülle-Problem' und die damit einhergehende hohe Nitratkonzentration in Futtermitteln und Wasser die Parteiführung in Zugzwang (Heinz 2011, S.324).

Ende der 70er Jahre und in den frühen 80er Jahren wird das Ziel der industriemäßigen landwirtschaftlichen Produktion revidiert. Statt neue und größere Anlagen zu bauen, werden bestehende saniert, die Richtgrößen für die Tieranzahl nach unten korrigiert und die strikte Trennung zwischen Tier- und Pflanzenproduktion aufgelöst (Hohmann 1985, S.18). Während in den Jahren zuvor Subventionen überwiegend an Großbetriebe flossen, rücken aufgrund des Mangels an Devisen und der dadurch verteuerten Einfuhr von Futter- und Betriebsmitteln wieder kleinere Produzenten und Hauswirtschaften in den Mittelpunkt. Trotz der Bemühungen, die Entwicklungen zu

korrigieren, befindet sich die Landwirtschaft in einem kritischen Zustand. Die betriebliche Ausstattung verschlechtert sich, denn der Devisenmangel macht den Verkauf von Landtechnik nötig, die nicht ersetzt wird (Bauerkämper 2002, S.203). Darüber hinaus stagnieren die Erträge. Erfolgreicher ist die SED bei den gesellschaftlichen Zielen ihrer Agrarpolitik. Die Einkommen zwischen Industriearbeitern und Genossenschaftsbauern sind angeglichen und LPG-Mitgliedern werden großzügige Sozialleistungen gewährt. Des Weiteren erfüllen LPG und VEG ihre weitreichenden gesellschaftlichen Aufgaben (Ickert 2009, S.13): Sie verfügen über Kinderkrippen, Kindergärten, Kulturvereine, öffentliche Straßen und Sportvereine und sorgen so neben Arbeit auch für soziale und kulturelle Verbundenheit.

### **Nach 1990**

Beim Zusammenbruch der DDR arbeiten im Agrarbereich rund 10,6 % der Beschäftigten, in manchen ländlichen Gebieten liegt der Anteil mit 30-50% noch deutlich höher (Heinz 2011, S.333). Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt weit über westdeutschen Verhältnissen: In den Tieranlagen stehen im Durchschnitt 1500 Großvieheinheiten (Bauerkämper 1999, S.60), die 1.162 LPGen der Pflanzenproduktion bewirtschaften durchschnittlich 4.530 Hektar. Ein Vollerwerbsbetrieb im Westen kommt zu dieser Zeit auf durchschnittlich etwa 34 Hektar (Kemper 2005, S.51). Insgesamt gibt es 3.844 LPG, davon sind 1.162 LPG (P) auf Pflanzenproduktion und 2.682 als LPG (T) auf Tierproduktion ausgerichtet. Dazu kommen 464 Volkseigene Güter (VEG), von denen 78 auf Pflanzenproduktion und 312 auf Tierproduktion spezialisiert sind.

Die Bodenpolitik und insbesondere der Umgang mit dem kollektivierten Eigentum wird nach der deutschen Wiedervereinigung „der zentrale Faktor, der die Agrarstrukturen im Ostdeutschland bestimmt“ (Gerke 2011, S.77). Zwei Möglichkeiten stehen zur Option: Zum einen ein Fortführen der großen, genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft, zum anderen der Aufbau kleinerer Familienbetriebe, wie sie sich im Westen der Republik etabliert haben (Mann und Schaechterle 2000, S.25). Im Ergebnis entwickelt sich ein Nebeneinander beider Formen. Etwa 50 % der landwirtschaftlichen Fläche (LF) wird von „Nachfolgeunternehmen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet, die zum Teil als Genossenschaften weiter bestehen (31 % der LF), zum Teil aber auch als stärker hierarchisch organisierte GmbH (22%) oder Aktiengesellschaften (1%). Auf dem Rest der Fläche arbeiten die sogenannten Wiedereinrichter [...]. Weitere 22% werden von Personengesellschaften bestellt, d.h. von zwei oder mehreren Landwirten in mehr oder weniger losem Zusammenschluss“ (ebd.).

Bezüglich der Enteignung wird in der ‚Gemeinsamen Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen‘ im Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR festgelegt: „Enteignungen auf besatzungsrechtlicher Grundlage (1945-1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen“ (Einigungsvertrag, Anlage III). Lediglich unrechtmäßige Veränderungen von Eigentumsverhältnissen in der DDR-Zeit, die also in die Zeit nach 1949 fallen, sollen rückgängig gemacht werden. Bereits im Vorfeld der Wiedervereinigung (am 29. Juli 1990) verabschiedet die DDR das Landwirtschaftsanpassungsgesetz. Dieses hebt das Landnutzungsrecht der LPGen auf und gibt den Mitgliedern das Recht auf Herstellung der früheren Eigentumsverhältnisse. Außerdem sieht das Gesetz die Umwandlung der LPGen in eingetragene Genossenschaften vor. Im Zusammenhang mit diesen Umwandlungen entstehen die

meisten Konflikte, da sich zwei gegensätzliche Interessen gegenüberstehen: Auf der einen Seite stehen jene, die die Aufteilung der LPG befürworten, weil sie als Wiedereinrichter neu beginnen wollen, die LPGen von vornherein als Zwangsinstitution betrachtet haben oder die Zukunft der ostdeutschen Landwirtschaft in kleinteiligen Strukturen sehen. Auf der anderen Seite die bleibenden Mitglieder, die ‚ihre‘ LPG in der neuen Genossenschaftsform weiter bewirtschaften wollen oder den ‚richtigen‘ Weg im Erhalt der Großstrukturen sehen. Für diese Gruppe ist es von Interesse, möglichst viele finanzielle Mittel im Betrieb zu halten und das Eigenkapital nicht aufzuteilen. Laut Jochimsen (Jochimsen 12/2009) folgt das Landwirtschaftsanpassungsgesetz der ersten Ansicht – hätte man es konsequent angewandt (Jochimsen 12/2009, S.8f). An vielen Stellen ist es jedoch ungenau formuliert und lückenhaft (insbesondere hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe) und lässt großen Interpretationsspielraum. Ein DFG-Forschungsteam um Walter Bayer kommt 2002 zu dem Ergebnis, dass nahezu alle LPG-Umwandlungen juristisch fehlerhaft durchgeführt und die Abfindungssummen viel zu niedrig angesetzt worden seien (Bayer 2002, S.2), sich also „die LPG-Nachfolger im Regelfall auf Kosten der ausscheidungswilligen LPG-Mitglieder zu Unrecht bereichert [haben]“ (ebd.: 6).

Die landwirtschaftlichen Flächen im Staatsbesitz (d.h. die Flächen, die ehemals zu volkseigenen Betrieben gehörten oder an bestimmte von LPGen als Arbeitseigentum verpachtet wurden) gehen nach der Wende an die Treuhandanstalt über. Insgesamt handelt es sich dabei um einen Umfang von ca. 4 Mio. Hektar, wovon ca. jeweils die Hälfte auf forstliche und landwirtschaftliche Flächen entfallen (Jochimsen 12/2009, S.11f.). Im Jahre 1992 kommt mit der dem Bundesfinanzministerium unterstellte Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) eine weitere Institution dazu, die zunächst mit der Erfassung, Rückgabe, Verpachtung bzw. Verkauf der Flächen ehemaliger LPGen beauftragt ist. Die Treuhandanstalt selbst wird 1994 aufgelöst. Ab diesem Zeitpunkt ist ausschließlich die BVVG für die Privatisierung der ehemals in Volkseigentum befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen zuständig. Die Vergabep Praxis der Treuhand und später BVVG polarisiert. Während die Treuhand Alteigentümern und eigentlichen Bodenreformopfern bei der Landvergabe den Vorrang einräumt, interessieren sich die ostdeutschen Länder für den Erhalt der Genossenschaften, vorrangig aus Gründen des Arbeitsplatzerhalts. Um den Ländern entgegenzukommen, bekommen diese in BVVG-Außenstellen größere Einflussmöglichkeiten. Diese Kommissionen bestehen aus Mitgliedern der örtlichen Landwirtschaftsämtern und Bauernverbänden und müssen vor Entscheidungen konsultiert werden. Der Einfluss dieser Außenstellen ist enorm, da nur in Ausnahmefällen von ihrer Empfehlung Abstand genommen werden darf ((Löhr 2002, S.88). Diese Kommissionen sind oft mit ehemaligen Nomenklaturkadern besetzt. Darüber hinaus treten die ostdeutschen Länder dafür ein, die Felder nicht gleich zu verkaufen, sondern zunächst zu verpachten. Dahinter steht der Gedanke, dass sich auch die finanzschwachen und meist überschuldeten Ostbetriebe um Land bewerben können, ohne vor den Alteigentümern außen vor zu bleiben (vgl. ebd., 89).

Am 26. Juni 1992 einigt man sich auf die Verwertungsrichtlinie laut derer das Land bei vergleichbarem betrieblichen Konzept zunächst an Wiedereinrichter, dann an ortsansässige Neueinrichter, LPG-Nachfolger und schließlich an ortsfremde Neueinrichter vergeben wird. Allerdings halten sich die Länder häufig nicht daran und vergeben das Land weiterhin bevorzugt an Nachfolgegenossenschaften. Die Privatisierung erfolgt in der Regel in drei

Schritten: Das Land wird auf zwölf Jahre verpachtet, die Veräußerung erfolgt durch ein Landerwerbs- und Siedlungsprogramm, die Restflächen werden verwertet. Bei der Bewerbung um die Pacht werden Alteigentümer, LPG-Aussteiger und ostdeutsche Hofgründer vor LPGen und auswärtigen Hofgründern bevorzugt. Außerdem gibt es eine Schutzklausel, nach der bestehenden Betrieben bei Neuverpachtung kein Boden entzogen werden darf, um deren Existenz nicht zu gefährden. De facto handelt es sich dabei um „eine Bestandsgarantie für ehemalige LPGen und Existenzgründer, die ohne volkseigene Flächen nicht über die Runden kamen“ ((Löhr 2002, S.99f.). Bis zum Ende des Jahres 2011 hat die BVVG eine Fläche von 1,309 Millionen Hektar veräußert, mit 423.000 Hektar den größten Anteil in Brandenburg (BVVG 2011). Die Vergaberegeln waren und sind seit Aufnahme der Tätigkeit unter Kritik. 2013 wurde die Verkaufspraxis, die über die Losgröße zahlungskräftige und damit gehäuft branchenfremde Investoren bevorzugt, geändert. So wurde die Größe der Verkaufslose von 50 auf 25 ha gesenkt und der Zugang zu beschränkten Ausschreibungen auch für Junglandwirte geöffnet (Agrarzeitung online 26.04.2013), was der zunehmend schmäler werdenden Eigentumsverteilung zumindest ein wenig entgegenwirkt.

Insgesamt hat sich die Agrarstruktur in der Nachwendezeit vor allem in der Form gewandelt, dass nichtlandwirtschaftliche Beschäftigungsfelder wie Kinderbetreuung oder ärztliche Versorgung im Umfeld von LPGen weitgehend abgebaut, die landwirtschaftliche Erzeugung aufgegeben oder erheblich angepasst wurde (Unger 2001, S.86). So waren in Brandenburg beispielsweise 1989 200.000 Beschäftigte in der Landwirtschaft und angrenzenden Bereichen tätig, im Jahr 2010 waren es nur noch 36.505, wobei davon wiederum nur 17.828 ständig im Betrieb arbeiteten (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MIL)). Neben zahlreichen Betriebsaufgaben sind jedoch auch Neugründungen zu verzeichnen. Insbesondere biologisch wirtschaftende Betriebe gehören dazu, die – auch sie sich an den größeren Strukturen richtend – dazu führen, dass in den östlichen Bundesländern mittlerweile prozentual mehr Fläche ökologisch bewirtschaftet wird als in den westlichen Ländern (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2011).

Aus den Ausführungen wird deutlich, dass die geschichtliche und politische Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg einerseits, seit der Wiedervereinigung andererseits Auswirkungen hat, die sich nicht nur in der Betriebsstruktur, sondern auch in Alltagspraxis, Erfahrungswissen, Werten und Handlungsmustern nachhaltig niederschlagen und entsprechend im Blick zu behalten sind.

#### **2.3.4. Flächenkonkurrenz durch Bioenergie mit Blick auf Agrarverfassung und Agrarstruktur**

Die Produktion von Bioenergiepflanzen führt seit dem Jahrtausendwechsel zu weitreichenden Änderungen in der Zusammensetzung der Anbaufrüchte sowie der dahinterliegenden Landnutzungsinteressen. Dies betrifft in der Folge sowohl Fragen der Ernährungssicherheit als auch der Bedeutung des Besitzes von Land. Dabei wird die traditionell existierende Kopplung von Landwirtschaft zur Nahrungsmittelproduktion durch Landbesitz zur Energieproduktion bzw. wirtschaftlicher Gewinnerzielung insbesondere durch landwirtschaftsferne (Neu-)Eigentümer in Frage gestellt. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, die durch eine von „dörflichem Leben“ abgelöste Bewirtschaftung von Flächen aufweisen und zudem über große zusammenhängende Produktionsflächen

verfügen, weitet sich die Produktion von Energiepflanzen stark aus. Das damit einhergehende Interesse an Landbesitz mit zunehmend steigenden Pacht- Verkaufspreisen wirkt sich auf verschiedene Unternehmensstrukturen unterschiedlich aus. So können Familienbetriebe mit zumindest einem Teil an eigenen Flächen souveräner ihre Weiterentwicklung gestalten als z. B. LPG-Nachfolgesellschaften, die auf verlässliche und bezahlbare Pachtbedingungen großer Flächen angewiesen sind (Hagedorn 2011, S.18). Der dennoch durchweg hohe Pachtanteil an landwirtschaftlicher Nutzfläche (knapp 80%) macht Betriebe dafür besonders anfällig und wird durch die sich an Marktpreisen orientierende Verkaufsstrategie der BVVG weiter befördert. Die folgende Tabelle zu Brandenburg gibt einen Überblick zu den Eigentumsverhältnissen.

Tabelle 6: Eigentumsverhältnisse nach Rechtsformen in %

| Landw. Nutzfläche         | 2003        |             |                       | 2007        |             |                       |
|---------------------------|-------------|-------------|-----------------------|-------------|-------------|-----------------------|
|                           | Eigentum    | gepachtet   | unentgeltlich genutzt | Eigentum    | gepachtet   | unentgeltlich genutzt |
| <b>Unternehmen gesamt</b> | <b>12,9</b> | <b>86,1</b> | <b>1,0</b>            | <b>19,6</b> | <b>79,3</b> | <b>1,1</b>            |
| Einzelunternehmen         | 24,3        | 74,5        | 1,2                   | 31,5        | 66,7        | 1,8                   |
| Personengesellschaften    | 14,7        | 84,3        | 1,0                   | 21,9        | 76,5        | 1,7                   |
| Juristische Personen      | 8,0         | 91,2        | 0,8                   | 13,8        | 85,5        | 0,7                   |

Quelle: (Hagedorn 2011, S.22) nach (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MIL) 2010)

Abgesehen von den Auswirkungen auf die Bedeutung des Landbesitzes hat die gestiegene Produktion von Bioenergie die Landnutzung stark verändert (Schultze 2011, S.147). Brandenburg beispielsweise verfügt über circa eine Million Hektar Ackerland, wobei – mit steigender Tendenz – 2007 auf rund 190.000 ha Energiepflanzen angebaut wurden. Dafür wurden auch Flächen, die an weniger wettbewerbsfähigen Standorten bereits stillgelegt wurden, wieder in die Bewirtschaftung hineingenommen (Offermann 2012, S.25).

Auf der betrieblichen Ebene stellte die Bioenergieerzeugung von den mehr als 92.100 Betrieben in den ostdeutschen Bundesländern mit Einkommenskombinationen 41 % das häufigste zweite Standbein dar. Dazu zählen das Betreiben von Windkraft- und Biogasanlagen sowie die Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen zur Erzeugung von Wärme und Strom – sofern die Anlagen nicht ausschließlich dem Eigenverbrauch dienen (Statistische Ämter der Länder und des Bundes 2011, S.34).

In Bezug auf eine langfristige Prognose bezüglich Landnutzung und Ertrag sind widersprüchliche Trends zu verzeichnen: auf der einen Seite werden steigende Realpreise für landwirtschaftliche Produkte (Weizen, Mais, Ölsaaten, Zucker) vorhergesagt: nach (von Witzke, St. Noleppa und Schwarz, S.6ff) in (Hagedorn 2011, S.18) sind Preissteigerungen im Zeitraum 2003/2005 bis 2015/17 bei Weizen mit 72% oder Mais mit 110% anzunehmen, was für eine Beibehaltung oder auch Ausdehnung der Urproduktion spricht. Trotzdem wird aufgrund des Anbaus von Energiepflanzen eine Reduzierung der Anbaufläche von Getreide um ca. fünf Prozent gegenüber 2006/08 erwartet (Offermann 2012, S.25). Damit einher geht das steigende Interesse landwirtschaftsfremder Investoren



an Fläche (Klüter 2011, S.59). Eine erste Folge der Verschiebungen innerhalb der Agrarstruktur ist bereits abzu-  
sehen: durch die steigende landwirtschaftliche Energieproduktion stagnieren bereits EU-Agrarexporte, während  
die Importwerte deutlich steigen. Prognosen des von Thünen Instituts (vTI) deuten darauf, dass sich dieser Trend  
durch die Förderung und weitere Verbreitung des Energiepflanzenanbaus auch weiterhin fortsetzen wird (Offer-  
mann 2012, S.26).

### 2.3.5. Wandel der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft

Hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse gibt es Änderungen in zwei Bereichen. Zum einen geht es um die absolute  
Zahl der Beschäftigten auf landwirtschaftlichen Betrieben, zum anderen um deren Qualifikationsprofil.

Vor der Wende hatte in Ostdeutschland die Beschäftigung im Agrarsektor eine überdurchschnittlich große Be-  
deutung (vgl. Kap. 2.3.3). Nach der Wende folgte ein sehr schneller Umbau der Agrarstruktur, der dazu führte,  
dass bis 1995 zu 80% der ehemals dort beschäftigten ausschieden (Fock 2004, S.79). Diese enorme Reduktion  
führte dazu, dass der Arbeitskräftebesatz mittlerweile deutlich niedriger als im Westen oder auch anderen EU-  
Länder ist. Die folgende Tabelle macht diese Entwicklung deutlich:

Tabelle 7: Beschäftigung in der Landwirtschaft: 1989 – 2001 (Beschäftigte in Tausend)

| Jahr | Mecklenburg-<br>Vorpommern | Brandenburg | Neue Bundes-<br>länder gesamt | Alte Bundeslän-<br>der gesamt | Deutschland<br>gesamt |
|------|----------------------------|-------------|-------------------------------|-------------------------------|-----------------------|
| 1989 | 181,9                      | 190,6       | 848,2                         | 1783,0                        | 2631,2                |
| 1991 | 78,6                       | 126,0       | 361,9                         | 1561,8                        | 1878,7                |
| 1993 | 34,9                       | 39,2        | 179,1                         | 1397,3                        | 1576,4                |
| 1995 | 30,5                       | 36,5        | 161,4                         | 1248,4                        | 1409,8                |
| 1997 | 27,8                       | 34,7        | 149,9                         | 1165,8                        | 1315,7                |
| 1999 | 27,0                       | 40,3        | 168,9                         | 1268,2                        | 1437,1                |
| 2001 | 23,3                       | 38,3        | 161,7                         | 1161,1                        | 1322,8                |

Quelle: (Fock 2004, S.81) nach Agrarberichten verschiedener Jahrgänge; 1997/1999: Umstellung der Arbeitskräftestatistik mit in der Folge reduzierter  
Vergleichbarkeit

Der Trend zur Verringerung der landwirtschaftlichen Beschäftigung setzt sich auch zu Beginn des 21. Jahrhun-  
derts fort und führt zu Beschäftigtenzahlen in Tausend von 1.080,3 im Jahr 2010 deutschlandweit (neue Bundes-  
länder: 147,6; alte Bundesländer: 928,2).

Neben den absoluten Zahlen weist die landwirtschaftliche Beschäftigung in den ostdeutschen Bundesländern  
eine weitere Besonderheit auf: die hohe Zahl an familienfremden Arbeitskräften (ständig und saisonal) gegenüber  
einer deutlich geringeren Zahl an Familienarbeitskräften. So waren in Brandenburg im Jahr 2010 auf den insge-  
samt 5.566 landwirtschaftlichen Betrieben 36.505 Arbeitskräfte tätig, wobei es sich nur um 17.828 ständige Ar-  
beitskräfte gegenüber 6185 Familienarbeitskräften handelt. Dazu kommt der hohe Anteil an Saisonarbeitskräften  
(12492) (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MIL)).

Neben den absoluten Zahlen ist die Zusammensetzung in der Altersstruktur von Interesse. Durch den umfassenden Abbau von Stellen im Zuge der Wende wurde eine gewachsene Struktur aufgelöst und einseitig gestärkt bzw. abgebaut. Zahlen für Brandenburg im Jahr 2002 verdeutlichen dies:

**Tabelle 8: Anteile der Beschäftigten nach Altersklassen**

| <b>Altersgruppe</b> | <b>Anteil in %</b> |
|---------------------|--------------------|
| <b>Unter 20</b>     | 3,4                |
| <b>20-29</b>        | 8,0                |
| <b>30-39</b>        | 23,8               |
| <b>40-49</b>        | 36,4               |
| <b>50-59</b>        | 23,4               |
| <b>60 und älter</b> | 5,0                |

Quelle: (Fock und Müller 2002, S.25)

Die Zahlen machen deutlich, dass wichtige Altersgruppen für eine nachhaltige Fachkräftesicherung relativ schwach besetzt sind. Das betrifft die Gruppe der unter 20-Jährigen sowie insbesondere die 20-29-Jährigen. Altersklassen, die zum Zeitpunkt der Wende bereits fest etabliert waren und nicht dem umfangreichen Stellenabbau zum Opfer fielen, scheinen für einen gezielten Nachwuchsaufbau nur relativ wenig Raum zu lassen, was andererseits auf einen in naher Zukunft zu erwartenden Nachwuchsbedarf verweist, wenn diese Gruppierung in den Ruhestand eintritt.

In diesem Zusammenhang ist es wiederum von Interesse, welches Qualifikationsprofil in der Landwirtschaft beschäftigte aufweisen bzw. welche Qualifikationen in Zukunft erforderlich sind. Insgesamt ändert sich in entwickelten Industrieländern das Anforderungsprofil in der Landwirtschaft. Dabei spalten sich leichte Handarbeiten mit wenig Anforderung an die Ausführenden von immer wichtiger werdenden Facharbeiten ab, die spezialisiertes Wissen und das Vermögen, komplexe Zusammenhänge geistig zu durchdringen und zu steuern, erfordern. Ergänzung finden diese fachspezifischen Anforderungen im Vermögen, auf hohem Niveau selbstständig zu handeln (IG Bauen-Agrar-Umwelt 2010, S.6). Die oben genannte homogene Altersstruktur im Führungsbereich verweist darauf, dass zukünftig zunehmend Personen mit hohem Qualifikationsniveau erforderlich sind, um diese Aufgaben übernehmen und die Betriebe zukunftsgerecht leiten zu können.

### **2.3.6. Einkommenskombinationen und landwirtschaftlicher Zusatznutzen: Nebenerwerbslandwirtschaft, landwirtschaftliche Diversifizierung und Multifunktionalisierung**

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Situation von Agrarverfassung und Agrarstruktur erlangen nicht nur in Ostdeutschland Formen der Landwirtschaft Bedeutung, die sich vom „klassischen“ landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb unterscheiden. Sie verbinden Landwirtschaft mit landwirtschaftsnaher oder auch ferner Wertschöpfung oder produzieren nicht monetäre Leistungen im Sinne von Landschaftspflege oder den Erhalt einer lebendigen dörflichen Gesellschaft.

Die **Nebenerwerbslandwirtschaft** gleicht in Bezug auf die Produktion der Vollerwerbslandwirtschaft. Die Grundlage für die Zuordnung in sozialökonomische Betriebstypen „Haupt“- und „Nebenerwerb“ bildet das Einkommensverhältnis. Haupterwerbsbetriebe sind Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen bzw. darf ein außerbetriebliches Einkommen nicht höher sein als das betriebliche. Nebenerwerbsbetriebe hingegen sind Betriebe, bei denen das außerbetriebliche Einkommen höher ist als das landwirtschaftliche Einkommen (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2012b, S.11). Die Haupteinkommensquelle in diesen Betrieben ist die außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit, insbesondere die nichtselbstständige Tätigkeit. Es gibt anteilig mehr Kleinbetriebe unter den Nebenerwerbsbetrieben (33 Prozent liegen in der Größenklasse bis 5 Hektar), jedoch auch, wenn auch wenig, relativ große Betriebe (8-9 Prozent bewirtschaften mehr als 50 Hektar LF) (Agrarbündnis e.V. 2010, S.52). Abbildung 3 stellt das Verhältnis von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben in allen Bundesländern dar.

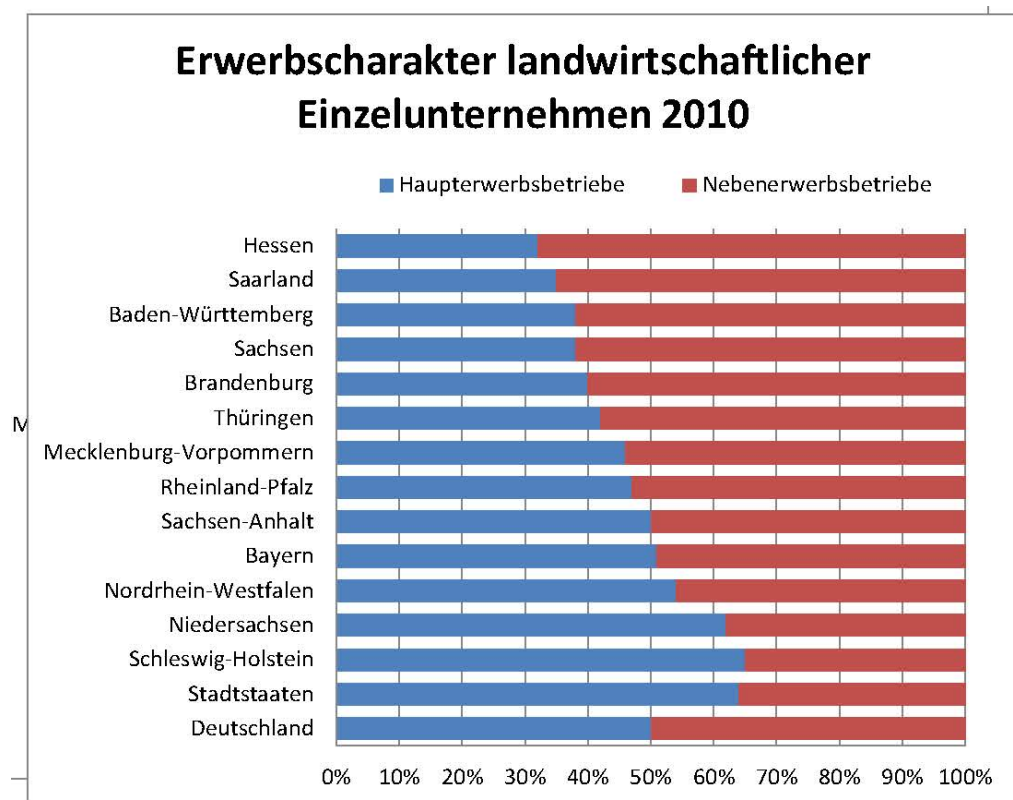


Abbildung 3: Erwerbscharakter landwirtschaftlicher Einzelunternehmen im Jahr 2010

Quelle: (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2012a)

Demnach entspricht die Zahl der Betriebe, die deutschlandweit im Nebenerwerb bewirtschaftet wird, der der Vollerwerbsbetriebe. Mit Blick auf die bewirtschaftete Fläche liegen folgende Zahlen vor:

Tabelle 9: Landwirtschaftliche Betriebe nach Rechtsform und Erwerbscharakter

| Rechtsform                    | 2007          |             | 2010          |             |
|-------------------------------|---------------|-------------|---------------|-------------|
|                               | LF in 1000 ha | Anteil in % | LF in 1000 ha | Anteil in % |
| <b>Neue Bundesländer</b>      |               |             |               |             |
| <b>Einzelunternehmen</b>      | 1451,8        | 26,6        | 1463,7        | 26,4        |
| - <b>Haupterwerb</b>          | 1164,7        | (80,2)      | 1165,0        | (79,6)      |
| - <b>Nebenerwerb</b>          | 287,1         | (19,8)      | 298,8         | (20,4)      |
| <b>Personengesellschaften</b> | 1245,2        | 22,4        | 1236,8        | 22,3        |
| <b>Juristische Personen</b>   | 2851,9        | 51,4        | 2846,6        | 51,3        |
| <b>Alte Bundesländer</b>      |               |             |               |             |
| <b>Einzelunternehmen</b>      | 9984,2        | 88,8        | 9601,8        | 86,3        |
| - <b>Haupterwerb</b>          | 7735,2        | (77,5)      | 7158,5        | (74,6)      |
| - <b>Nebenerwerb</b>          | 2249,0        | (22,5)      | 2443,3        | (25,4)      |
| <b>Personengesellschaften</b> | 1155,0        | 10,3        | 1422,6        | 12,8        |
| <b>Juristische Personen</b>   | 108,2         | 1,0         | 107,7         | 1,0         |

Quelle: (BMELV Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2012, S.5)

Augenscheinlich ist, dass sich das Verhältnis zwischen in Haupterwerb und Nebenerwerb bewirtschafteten Fläche zwischen alten und neuen Bundesländern kaum unterscheidet (jeweils ca. 4:1). Der große Unterschied liegt jedoch darin, dass Einzelunternehmen an sich in den neuen Bundesländern eine deutlich kleinere Rolle spielen und sie insgesamt nur ca. ein Viertel der Fläche bewirtschaften, in den alten Bundesländern jedoch fast neun Zehntel. Diese Verhältnisse zeigen sich zwischen den Untersuchungsjahren 2007 und 2010 als relativ stabil.

Bezüglich der Altersstruktur gleichen die Nebenerwerbslandwirte den Haupterwerbslandwirten. Was sie jedoch unterscheidet ist die Tatsache, dass sie in der Regel über einen nichtlandwirtschaftlichen Ausbildungsberuf und weitere Qualifikation verfügen und letztlich auf eine erweiterte Handlungskompetenz bauen können (Agrarbündnis e.V. 2010, S.56). Entsprechend unterscheidet sich die Fachbildung der Betriebsleiter. Bei den Haupterwerbsbetrieben mit Nachfolgern haben rund 65 Prozent eine landwirtschaftliche Fachbildung durchlaufen, bei den Nebenerwerbsbetrieben nur ein knappes Viertel (Statistische Ämter der Länder und des Bundes 2011, S.16).

Wenn auch politisch tendenziell im Schatten stehend und eher als Bremse denn wertvolles Glied in der landwirtschaftlichen Produktion gesehen, kann die Nebenerwerbslandwirtschaft als Form einer modernen Einkommenskombination bezeichnet werden. Dabei erfüllt sie neben dem Beitrag zum Gesamtfamilieneinkommen (2010 trug die Nebenerwerbslandwirtschaft durchschnittlich 15 Prozent zum Familieneinkommen bei Agrarbündnis e.V. 2010, S.52) erfüllt sie wichtige darüber hinausgehende Funktionen. Sozialökonomisch bereichert sie nicht nur durch Arbeitsplätze, sondern trägt durch „Pluriaktivität“ zur „Stabilisierung von prekären Existenzbedingungen“ bei und kann somit letztlich als Alternative zum Wachsen oder Weichen fungieren. Auf der ökologischen Ebene trägt sie durch Bewirtschaftung von u. a. Ungunstlagen zur Erhaltung vielfältiger Lebensräume und Kulturlandschaften bei (Inhetveen und Fink-Kessler 2007, S.76). Insgesamt weist sie einen Weg, wie verschiedene soziale, ökonomische und ökologische Bedürfnisse sowohl von Seiten des Individuums als auch der (dörflichen) Ge-

sellschaft abseits des Haupterwerbsbetriebs mit den geläufigen Zwängen zur Kostenreduktion und oder Ertragssteigerung durch die Kombination von Potentialen unter Einbeziehung den jeweiligen Gegebenheiten zu einem nachhaltigen Leben und Wirtschaften verbunden werden können.

Die oben genannte Einkommenskombination ist auch rein innerlandwirtschaftlich zu erreichen und wird unter dem Begriff **Diversifizierung** zusammengefasst. Hierbei geht es darum, die Produktionsbereiche (Urproduktion) mit dem Ziel der Wertschöpfungssteigerung auszuweiten. Grob klassifizieren lassen sich verschiedene Diversifizierungsstrategien nach ihrem Ziel und nach der betriebswirtschaftlichen Zuordnung. Letzte lässt sich unterteilen in **Horizontale Diversifizierung** (Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion um ein Produkt auf der gleichen Produktionsstufe), **Vertikale Diversifizierung** (Ausweitung in vor-und/oder nachgelagerte Bereiche zur Steigerung der Wertschöpfung wie z. B. Weiterverarbeitung) und **Laterale Diversifizierung** (vom landwirtschaftlichen Betrieb unabhängige Unternehmertätigkeit, die in keinem Zusammenhang zur traditionellen Urproduktion steht (Steiner und Hoffmann 2012, S.237). Insbesondere die Vertikale Diversifizierung bietet zahlreiche Kombinationsmöglichkeiten. Eine mögliche Feinaufteilung findet sich in der „Taxonomie der Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe“ von Steiner (ebda: 243):

- Tourismus mit Freizeit (Landerlebnis und Landbildung), Gastronomie (Café und Restaurant) und Urlaub (Kooperation und Eigenregie)
- Vermarktung mit Direktvermarktung und Indirektvermarktung
- Dienstleistung mit Sozialer Dienstleistung (Pflege/Therapie und Pädagogische Dienstleistung) und landwirtschaftlich-forstliche Dienstleistung (Kommunale und Private Dienstleistung)
- Verarbeitung mit Lebensmitteln und Industrieprodukten
- Verfahrensinnovationen
- Erneuerbare Energie mit nachwachsenden sowie nicht-nachwachsenden Rohstoffen
- Finanzierungsmodelle

Bei den Zielen, eine Diversifizierung anzustreben, verbinden sich betriebswirtschaftliche Überlegungen (Betriebs-erhalt durch Risikoverteilung über ein zweites Standbein) mit individuellen Wünschen (Nutzung von Kompetenzen, die im Betrieb kaum gefragt werden, wie z. B. Sozialkompetenz bei bauernhofpädagogischen Angeboten) mit übergeordneten politischen bzw. regionalplanerischen Ansätzen (Attraktivitätssteigerung einer Region durch vielfältige Angebote und lebendigen ländlichen Raum).

Welche Form der Diversifizierung zukunftsweisend ist, hängt sowohl von der Betriebsausrichtung, der geographischen Lage oder auch der Verkehrsanbindung ab. So sind in süddeutschen Bundesländern mit kleinstrukturierter Landwirtschaft und touristisch attraktiven Gebieten touristische Angebote häufig vorhanden, im gesamten Ostdeutschland wiederum werden häufig vertragliche Arbeiten, z.B. bei der Bodenbearbeitung und Ernte, für andere Landwirte durchgeführt. Diese ergänzen für jeden zehnten Betrieb die betriebliche Produktionspalette und führen

zu einer besseren Auslastung der technischen Ausstattung. In Thüringen und Sachsen sind Direktvermarktung und Verarbeitung die häufigsten Einkommenskombinationen von Betrieben. Für die ökonomischen Bewertung der Nebeneinkünfte zu jedoch zu beachten, dass mehr als 50 % der Betriebe nur 10 Prozent des Einkommens aus der Kombination erzielen. Nur 13 % haben die Kombination soweit ausgebaut, dass mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes erzielt werden (Statistische Ämter der Länder und des Bundes 2011, S.34).

Zielt die Diversifizierung ganz klar auf eine Gewinnsteigerung des landwirtschaftlichen Betriebs, so fließen beim Begriff der **Multifunktionalisierung** nicht monetär mess- oder zahlbare Leistungen der Landwirtschaft mit gesellschaftlichem Nutzen ("externe Effekte") in die Betrachtung mit ein.

Hintergrund dieser Sichtweise ist die Erkenntnis, dass die Landwirtschaft neben der Produktion von Rohstoffen eine Vielzahl anderer Leistungen bereitstellt, die z. B. die Eigenschaften öffentlicher Güter aufweisen können. Die OECD führte für die Bezeichnung dieser Leistungen den Begriff Non Commodity Output (NCO) ein, der frühere, eher normativ geprägte Begriffe wie Non-Food Outputs, Side Effects oder By-Products ablöste. Non Commodity Outputs, die durch die Landwirtschaft bereitgestellt werden, sind z.B. Biodiversität, Flutschutz, der Erhalt von Brauchtum oder Traditionen sowie ein bestimmtes Landschaftsbild, das erhalten bleibt. Ein weiteres Merkmal des Konzeptes der Multifunktionalität sind die Commodity Outputs im Produktionsprozess. Diese werden auch als Kuppelproduktion oder Joint Production bezeichnet. Ein gängiges Beispiel für die Kuppelproduktion ist die Schafhaltung, bei der Agrargüter wie Fleisch und Wolle anfallen, daneben aber auch die Pflege der Kulturlandschaft erfolgt (Müller, Wüstemann und Mann 2008, S.21).

Durch diese Sichtweise wird der Erkenntnis Rechnung getragen, dass Landwirtschaft weit mehr produziert als Nahrung (oder Energie), sondern auch Räume für Erholung, Kultur und Natur schafft und im besten Fall erhält.

### 3. Von Wandlungsprozessen zu neuen Kompetenzbedarfen

In den vorhergehenden Kapiteln wurde dargestellt, welche Faktoren den Wandel im ländlichen Raum ausmachen, wie sie die Lebensrealität beeinflussen und welche Konsequenzen sie für Arbeitsprozesse und Wertschöpfung haben. Diese Darstellung liefert das Material, mit dem nun weitergearbeitet wird. Über eine Verdichtung, Abstrahierung und Deutung der bereits textlich dargestellten Aspekte und Entwicklungen sollen Zusammenhänge sichtbar gemacht und durch eine Fortentwicklung für weitergehende Fragestellungen aufbereitet werden.

#### 3.1. Methodisches Vorgehen

Ziel des weiteren Vorgehens ist es, die Vielzahl an in Kapitel 2 beschriebenen Entwicklungen zu strukturieren und zu interpretieren. Damit soll erreicht werden, dass die schriftlich dargestellte Thematik durch einen methodisch gelenkten Blick an Schärfe gewinnt sowie Zusammenhänge und zukünftige Handlungsoptionen sichtbar werden.

Methodisch wird dabei experimentell vorgegangen, indem zentrale Elemente der Grounded Theory (GT) (vgl. Strauss und Corbin 1990) genutzt werden, die jedoch aus dem Gesamtzusammenhang herauslöst und bezüglich der isolierten Fragestellung zur Anwendung gebracht werden (im Bewusstsein, dass diese Übertragung letztlich nicht Grounded-Theory-konform ist). Zentrales Anliegen der GT (und letztlich auch der vorliegenden Untersuchung) ist die Durchdringung und das Verstehen (sozialer) Phänomene, deren Entstehen, Ausprägung und Auswirkung im Vorfeld der Forschung nicht zu benennen ist. Über einen zirkulären Forschungsprozess, bei dem sich induktiv-hypothesengenerierende mit deduktiv-verifizierenden Phasen ablösen, soll eine in Daten begründete Theorie erarbeitet werden. Diese Theorie wird durch ein Theoriemodell visualisiert, worunter ein Kondensat zentraler Kategorien und deren Relationen verstanden wird (Strauss und Corbin 1990). Primäre Unterscheidungen von Kategorien betreffen die Frage, ob sie Ursache / Kontext, Bedingung, Strategie / Handlung oder Konsequenz im Umfeld der zentralen Fragestellung sind. Um dies weiter zu verdeutlichen werden die Relation dieser Kategorien benannt, wie z. B. „ist Teil von“, „gehört zu“, „widerspricht“, „ist Grund für“ oder „ist Eigenschaft von“.

In Bezug auf das betrachtete Phänomen „Wandlungsprozesse im ländlichen Raum“ bezogen bietet dieses Vorgehen die Chance, eine Verknüpfung der beschriebenen Einzelelemente zu ermöglichen und durch Strukturierung und Benennung ihre Bezüge Verkettungen sichtbar zu machen. So soll der Blick auf Hintergründen, Entwicklungspfade und mögliche Konsequenzen eröffnet werden.

#### 3.2. Ergebnisse

Im Folgenden wird das Phänomen des Wandels im ländlichen Raum anhand zentraler Kategorien und deren Verknüpfungen dargestellt. „Demographischer Wandel“ und „Agrarstrukturwandel“ haben sich bei der Analyse als voneinander unabhängige Kernkategorien herauskristallisiert, auch wenn sie starke räumliche Verknüpfungen aufweisen und der eine Prozess durchaus Auswirkungen auf Geschwindigkeit oder Intensität des zweiten haben kann (z. B. wenn sozialökonomische Effekte des demographischen Wandels durch Änderungen der Agrarstruktur verstärkt werden und sich dadurch Wandlungsintensität und Wandlungsraten in ländlichsten Regionen erhöhen,

vgl. auch Weiß und Petrick 2011. Dennoch ist der Agrarstrukturwandel weder Ursache, noch Voraussetzung, Aspekt oder Folge der demographischen Entwicklung – ebenso wenig, wie der demographische Wandel eine dieser Funktionen für den agrarstrukturellen Wandel innehat (vgl. auch Herzfeld 2013).

Im folgenden Modell (Abbildung 4) werden rund um die beiden Kernkategorien „Ursache“ bzw. „Kontext“ aufgezeigt (z. B. „Migration“, „Individualisierung“ oder „LPG Auflösung“), „Strategien / Handlungen“ bzw. „Ausprägungen“ benannt (z. B. „Multifunktionalisierung“, „Diversifizierung“ oder „ländlicher Tourismus“). Durch Bezüge zwischen diesen Kategorien wird die Art der Verbindung präzisiert – z. B. über „ist Teil von“ oder „ist Grund von“ (in der Abbildung auf Englisch: „is part of“, „is cause of“ oder „is property of“). In einem weiteren Schritt (Abbildung 5) kommen zusätzlich Deutungen für eine zukünftige Entwicklung ins Spiel. Dabei werden ausgehend von den „Konsequenzen“ weitere Elemente in die Zusammenstellung aufgenommen.





Aus dem Theoriemodell werden die Zusammenhänge der beiden großen Dimensionen des Wandels im ländlichen Raum: Strukturwandel und demographischer Wandel - ersichtlich. Neben den Verbindungen und Verflechtungen finden sich auch Hinweise für zukünftige Handlungsoptionen. Zum Beispiel entziehen sich „Ursachen“ der Kernkategorien ob ihres Ausmaßes bzw. der Verortung in der Vergangenheit einer Beeinflussung. Erste Einflussmöglichkeiten finden sich auf der Ebene der „Strategien“ und ihrer jeweiligen „Ausprägungen“. Nochmals interessanter wird der Blick auf die „Konsequenzen“, die in der folgenden Abbildung dargestellt werden, denn letztlich kann hier gezielt Einfluss genommen werden, um identifizierte Strategien zu unterstützen oder durch entsprechenden Input deren Ausweitung oder Schwerpunktsetzung zu befördern.

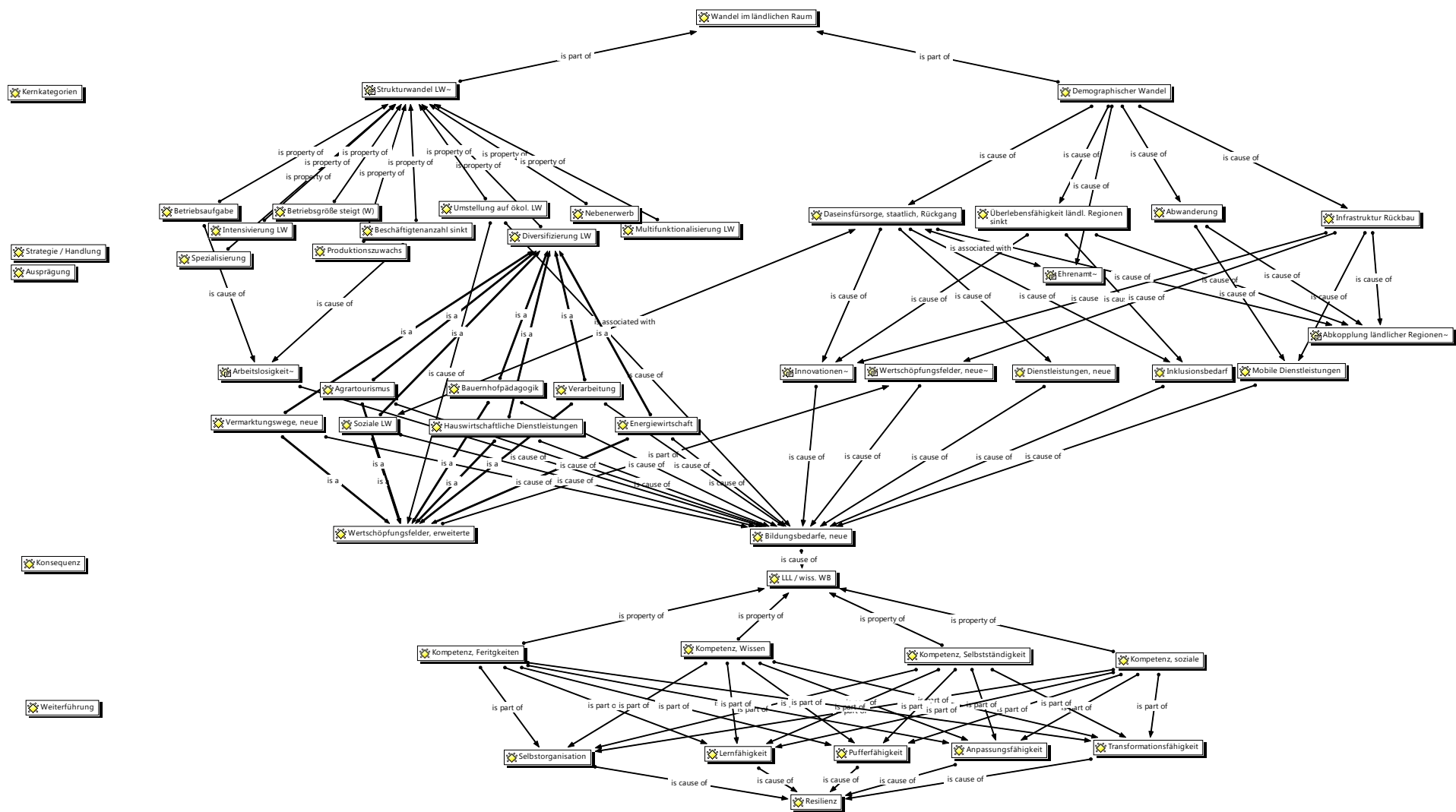


Abbildung 5: Konsequenzen aus demographischem Wandel und Agrarstrukturwandel im Hinblick auf veränderte Bildungsbedarfe

Abbildung 5 führt Abbildung 4 weiter und zeigt auf, dass verschiedenste Diversifizierungsstrategien als „Strategie“ genutzt werden, um auf die beschriebenen Wandlungsprozesse zu reagieren. Um langfristig tragfähig zu sein, legt die Darstellung nahe, dass besondere Kennzeichen ihre Angemessenheit erhöhen können. Das ist dann der Fall, wenn sie unterschiedliche Begründungen in ihre Handlung bzw. Ausprägung vereinen. Das können, müssen aber nicht Begründungen sein, die sowohl aus den Ursachen des demographischen Wandels als auch des agrarstrukturellen Wandels stammen (z. B. Soziale Landwirtschaft, die als Diversifizierungsstrategie eine Antwort auf den Agrarstrukturwandel gibt als auch als Anlaufstelle für Personen mit besonderen Bedürfnissen dient, die durch den Rückgang staatlicher Daseinsvorsorge auf ein neues Modell der Zuständigkeit angewiesen sind). Verschiedenste Diversifizierungsstrategien von landwirtschaftlichen Betrieben verbinden eine ökonomische Stabilisierung durch die Einkommensgenerierung durch ein zweites Standbein mit einem sozialen Beitrag (z. B. über Bauernhofpädagogik oder Inklusion über eine spezielle Form der hauswirtschaftlichen Dienstleistungen in Form des „Service-Wohnens“). Auch nicht Bodengebundene neue Wertschöpfungsfelder wie z. B. mobile Dienstleistungen (Käserei oder Mosterei) verbinden Wertschöpfung mit einer Antwort auf gesellschaftliche Änderungen (Rückbau der Infrastruktur, sich durch Abwanderung entleerende Regionen). Ökologische Aspekte wiederum finden sich in neuen Ansätzen der „kurzen Wege“ als Vermarktungsmaxime bei gleichzeitig stärker werdender Verantwortlichkeit des konsumierenden Individuums.

Kennzeichnend für Antworten auf die „großen“ Wandlungsprozesse scheint ein Aufbrechen singulärer Wissens- und Kompetenzzusammenhänge zu sein. Weitergedacht kann daraus abgeleitet werden, dass bislang gängige Fachausbildungen nur selten zur Umsetzung neuer Handlungsansätze befähigen und aus dieser Erkenntnis ein neuer, vieldimensionaler Bildungsbedarf erwächst (mehr dazu siehe Kapitel 4 zu zukünftigem Forschungsbedarf). Eine erste Skizzierung von Wissensformen und deren Wirkweisen findet sich in der Illustration der Bildungsbedarfe in Abbildung 5. Letztlich verweist die Zusammenstellung darauf, dass Änderungen die Fähigkeit zu neuen Herangehensweisen erfordern. Diese Erfordernisse können unter dem Stichwort „Resilienz“ zusammengefasst werden, auf die im folgenden Exkurs eingegangen wird.

### **3.3. Exkurs: Resilienz**

Der Begriff Resilienz wird in verschiedenen Disziplinen unterschiedlich definiert und im Folgenden zuerst in seiner Vielseitigkeit beschrieben und letztlich in der Form benannt, die für die vorliegende Arbeit von Bedeutung ist. Ganz allgemein bedeutet Resilienz die Fähigkeit eines Systems, Störungen zu tolerieren bzw. sich unter sich wandelnden Bedingungen einerseits anzupassen und andererseits gestaltend einzuwirken. Dies kann sich unter dem Begriff Resilienz-Management auf Unternehmen und deren Fähigkeit, auf äußere Einflüsse zu reagieren, beziehen oder als technische Beschreibung der Eigenschaft von Werkstoffen auftreten, nach Verformung wieder den Urzustand anzunehmen (Hubenthal 2012, S.26). In der Psychologie wiederum wird unter dem Begriff die Eigenschaft von Personen bezeichnet, unter krisenhaften Umständen (z. B. schwerer Krankheit, Flucht, Tod eines nahen Angehörigen, aber auch lang anhaltender Arbeitslosigkeit) die psychische Gesundheit zu erhalten.

Begibt man sich in die Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung, umfasst Resilienz nochmals zwei weitere Bedeutungen. In der Ökosystemtheorie der 1970er Jahre stellt sich die Frage, wie anthropogen beeinflusste Ökosysteme genutzt werden können, ohne die Grenze ihrer Reproduktionsfähigkeit zu überschreiten (ISOE 2008: 7). Dabei wird unter Beachtung des Resilienzgedankens nicht mehr nach optimalen Zuständen wie zum Beispiel dem maximal möglichen nachhaltigen Ertrag, gesucht, sondern die Anpassungsfähigkeit eines Systems gegenüber Veränderungsprozessen inklusive der dazu erforderlichen Schwankungen betont (ebd.). Letztlich kann unter Resilienz auch ein normatives Konzept verstanden werden, das als eine Erweiterung des Begriffs „nachhaltige Entwicklung“ zunehmend an Bedeutung erlangt. Dabei wird die Resilienz sozial-ökologischer Systeme beschrieben und „mit dem Diskurs um Governance als neue Form der Steuerung kollektiven Handelns jenseits von oder ergänzend zu staatlichen Eingriffen verbunden“ (ebd.). Wesentliche Eigenschaft eines sozial-ökologischen Systems ist das Vermögen, Störungen so aufzunehmen, dass sie zwar als Ausgangspunkt von Anpassungsprozessen dienen, die zentralen Kenngrößen wie Funktion, Organisation oder Struktur des Systems jedoch nicht geändert werden. Die Fähigkeit, einen Prozess entsprechend zu gestalten, liegt sowohl bei Gesellschaften als auch Gruppen oder Individuen. Die Intensität der Veränderung folgt dabei bildlich gesprochen einem Korridor, der Schwankungsbreiten ermöglicht, die „groß genug sind, um Wandlungsprozesse abzufedern und schmal genug, um Strukturen und Funktionen in gewünschten Maßen zu erhalten“ (ebd.: 8).

Das Konzept der Resilienz wird in Teilen der Wissenschaft als „neue Nachhaltigkeit“ geführt (Hubenthal 2012: 49). Nach Hopkins (Hopkins 2008, S.55 in Hubenthal 2012, S.50) geht Resilienz sogar darüber hinaus, da beispielsweise umweltpolitisch sinnvolle Handlungen durchaus nachhaltig sein können, allerdings erst zur Steigerung der Resilienz beispielsweise einer Gemeinschaft führen, wenn dadurch auch eine Verbesserung der Flexibilität in Veränderungsprozessen einhergeht. Anders formuliert müsste das Nachhaltigkeitsparadigma um die Motivation zum Selbstschutz erweitert werden, um den konstruktiven Ansatz der Resilienz zu erreichen. Eine andere Einschätzung wird vom Institut für sozial-ökologische Forschung vertreten. Hier wird der Vorteil der Resilienz als eine Verlagerung der Zielsetzung gesehen, indem nicht mehr die Erreichung des optimalen Zustands eines Systems Handlungsmaxime ist, sondern die Stabilisierung des oben genannten Korridors, der Wandel ermöglicht, aber systemgebende Funktionen beibehält (Institut für sozial-ökologische Forschung 2008, S.8). In der Bedeutungszunahme des Resilienzgedankens wird hingegen die Gefahr gesehen, dass der normative Ansatz der Nachhaltigkeit verloren gehen könnte, da die Resilienz eines sozial-ökologischen Systems allein noch keinen Wert an sich darstellt. Geht es um Entscheidungen, welche Eigenschaften eines Systems zu erhalten oder ggf. zu vernachlässigen sind oder welche Strukturen aktiv gestärkt werden sollen, ist „[d]as Gerechtigkeitspostulat des Nachhaltigkeitsgedankens nicht ersetzbar“ (ebd.).

Vor diesem Hintergrund und im Kontext des vorliegenden Textes ist der im Konzept der Resilienz bislang weniger dominante Aspekt der Transformationsfähigkeit hervorzuheben. Dabei geht es über die Anpassungsfähigkeit (adaptability) hinaus, die aus der Ökosystemperspektive von großer Bedeutung ist und reagiert auf die Besonderheiten von sozial-ökologischen Systemen, bei denen Resilienz auch immer die Fähigkeit zur aktiven Veränderung umfassen sollte. Auf die landwirtschaftliche Betriebsebene übersetzt kann Resilienz (Darnhofer 2005) dem-

entsprechend als das Wechselspiel aus Pufferfähigkeit, Selbstorganisation und Lernfähigkeit bezeichnet (und untersucht) werden. Primärer Ansatzpunkt bleibt dabei im weiteren Verlauf das Individuum, dass zum resilienten Handeln und Denken befähigt werden soll und dadurch zu einer resilienten Gemeinschaft / Region oder übergeordnet einem derartigen System beitragen kann.

#### 4. Weiterer Forschungsbedarf am Beispiel „Bildung und Kompetenzen“ im Kontext ländlicher Wandlungsprozesse

Das Theoriemodell vertieft insbesondere „Konsequenzen“ im Hinblick auf veränderte Bildungsbedarfe, die sich aus den analysierten Wandlungsprozessen ableiten lassen. Anhand dieses Beispielsegments „Bildung und Kompetenzen“, werden im Folgenden Ideen für eine weiterführende Forschung skizziert, die zu einer Fortentwicklung von Diversifizierungsstrategien beitragen können. Dabei werden den im vorliegenden Text beschriebenen Ergebnissen aktuelle bildungspolitische Entwicklungen zur Seite gestellt (vgl. Hanft und Brinkmann 2013).

Durch die Verknüpfung von historischen und gesellschaftlichen Entwicklungen wird ersichtlich, welche übergeordneten Prozesse überhaupt dazu führen, dass Weiterbildung bzw. der Komplex des lebenslangen Lernens im Kontext landwirtschaftlicher Diversifizierung an Bedeutung gewinnt. Dabei zeigt sich auch, dass durch die Forderung nach lebenslangem Lernen, des Sich-weiter- oder Umqualifizierens eine originär gesellschaftliche bzw. politische Verantwortung für Arbeitsplätze und Beschäftigung an das Individuum zur Bearbeitung weitergereicht wird. Nehmen Hochschulen unter dieser Prämisse die ihnen zugeschriebene Rolle als Vermittlerin von abgegrenzten Wissenseinheiten („neue Lehrformate“) an eine erweiterte Zielgruppe („nicht-traditionelle Studierende“) an, stellt sich die Frage nach tatsächlicher Nachfrage, nach Format, Umfang und v. a. inhaltlichem Zuschnitt. Um Letzterem auf die Spur zu kommen, liefert das Theoriemodell Hinweise. Bereiche mit einem dauerhaften Entwicklungspotential sollten demnach Antworten zu mehreren Herausforderungen geben (z. B. in demographischem und agrarstrukturellem Wandel begründet sein oder eine sowohl soziale als auch ökonomische Bereicherung darstellen). Deutlich wird zudem, dass es nicht DIE Antwort oder Entwicklungsstrategie gibt, sondern dass die Anpasstheit an Region, eigene Kompetenzen bzw. Entwicklungspotentiale, eine flexible Weiterentwicklung, die Nutzung temporärer Finanzierungshilfen oder die Netzwerkbildung von maßgeblicher Bedeutung sind. Zu erwarten ist, dass die Bedeutung von personalen Kompetenzen zur eigenständigen Bearbeitung unter Einbeziehung der jeweiligen Ausgangslage an Bedeutung gewinnen dürfte.

Um erforderliche Kompetenzen für einen aktiven Umgang mit Wandlungsprozessen zu ergründen, bietet sich die Analyse bereits genutzter Entwicklungsstrategien an. Ausgehend von den Strategien und Konsequenzen zum Agrarstrukturwandel lassen sich entsprechend der oben genannten Hintergründe folgende Kriterien für eine Auswahl an weiteren Forschungsthemen ableiten:

Die ausgewählte Diversifizierungsstrategie sollte

- die Möglichkeit bieten, mindestens bei zweien der Kriterien „ökonomisch“, „sozial“ und „ökologisch“ Verbesserungen zur reinen Agrarwirtschaft zu erreichen (alternativ: eine Antwort auf agrarstrukturellen und demographischen Wandel darstellen),
- durch existierende wissenschaftliche Untersuchungen in ihrer Relevanz und Wirksamkeit in der jetzigen Ausprägung theoretisch bearbeitbar sein,
- grundsätzlich über unterschiedliche Ausprägungsformen verfügen (z. B. verschiedene Formen des Agrotourismus wie Hofgastronomie oder Beherbergung),

- durch neue Spielformen, die in der jeweiligen Untersuchungsregion noch nicht verbreitet sind, potentiell erweiterbar sein,
- innerhalb der geographischen und räumlichen Gegebenheiten in der Untersuchungsregion über Entwicklungspotential verfügen (z. B. als Ableitung zu in vergleichbaren Regionen bereits erfolgreich etablierter Strategien).

Dafür in Frage kommende Diversifizierungsstrategien für eine vertiefte Analyse und empirische Untersuchung wären beispielsweise „Alternative Vermarktungsstrategien“ oder Angebote der „Sozialen Landwirtschaft“.

Anhand dieser Diversifizierungen könnten Hypothesen, die sich aus der vorliegenden Untersuchung ableiten lassen, überprüft bzw. widerlegt werden, wie z. B.

- Erfolgreich ein- und durchgeführte Diversifizierungsstrategien können eine auf Betriebsebene umgesetzte Antwort auf demographisch und oder agrarstrukturell bedingte Herausforderungen sein.
- Zur Umsetzung sind Kompetenzen erforderlich, die nicht / nur bedingt in der regulären Agrar- bzw. agrarnahen Ausbildung (gleich ob akademisch oder beruflich) vermittelt werden.
- Die Stärkung der Resilienz von Menschen in Landwirtschaft und landwirtschaftsnahen Unternehmen im Sinne von verbesserter Pufferfähigkeit, Selbstorganisation sowie Lern- und Anpassungsfähigkeit kann über die Ausbildung erweiterter Handlungskompetenz erfolgen.



## 5. Ausblick: Bildungspolitische Bedeutung

Die Analyse der Wandlungsprozesse im ländlichen Raum hatte zum Ziel, aktuelle Prozesse nicht nur zu beschreiben, sondern in einer Art zu durchdringen, dass Verbindungen aufgedeckt und Hintergründe verstanden, so dass zukunftsfähige Modelle darauf aufgebaut werden können. Deutlich wurde, dass die beiden großen Wandlungsprozesse (demographischer Wandel und Agrarstrukturwandel) einerseits Dimensionen haben, die einer direkten Beeinflussung im Wege stehen, sie andererseits aber auch nicht der Form „alternativlos“ sind, wie von Seiten der Politik gerne dargestellt. Die sich aus den Änderungsprozessen ergebende Forderung an das Individuum, sich durch lebenslanges Weiterlernen, Neuerfinden und für den Arbeitsmarkt Attraktivhalten überdeckt den schleichenden Rückzug des Staates nicht nur aus z. B. der Flächenversorgung im ländlichen Raum, sondern auch aus der Fürsorgepflicht für Arbeitnehmende im Sinne von Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten (mit regulärem Angebot, sich in komplexer werdende Aufgaben einzulernen). Die bildungspolitische Zielvorgabe an die Hochschulen im Sinne einer Öffnung für neue Studierendengruppen oder die Schaffung neuer Bildungsformate ist vor diesem Hintergrund nur konsequent.

Positiv betrachtet verschafft diese Lesart Hochschulen neue Spielräume bezüglich der Einbringung von Inhalten und Bildungszielen, indem die eben nicht vorliegende Alternativlosigkeit eine Vielzahl an Aktivitäten erlaubt. Die Befähigung zu nachhaltigem Handeln und eigenständigem Denken im Sinne der Resilienz, verbunden mit Fachkenntnissen zu Wertschöpfungsfeldern im ländlichen Raum, kann eine Form sein, eine aus der Verwertungslogik stammende Bildungsmaxime in einer Art umzusetzen, die letztlich die Daseinsmächtigkeit des Einzelnen erhöht. Eine Kombination aus der Vermittlung personaler Kompetenzen und Fachkompetenzen ist dafür zentral – ebenso wie die Schaffung eines geeigneten Formats, das vom zeitlichen wie finanziellen Aufwand so zu konzipieren ist, dass damit tatsächlich neue Bildungschancen eröffnet werden.

## Literaturverzeichnis

- Agrarbündnis e.V. (2010): Nebenerwerb hat Zukunft. Gegenwart und Potentiale einer unterschätzten Betriebs- und Lebensform. In: M. Schneider, A. Fink-Kessler und F. Stodiek (Hrsg.): Schwerpunkt: Boden. Gegenwart und Potentiale einer unterschätzten Betriebs- und Lebensform Der kritische Agrarbericht 2010. Hamm: ABL-Bauernbl.-Verlag, S. 51-58..
- Agrarzeitung online (26.04.2013): Bodenmarkt: Flächenkauf vereinfacht. Online verfügbar unter <http://www.agrijob.de/nachrichten/wirtschaft/protected/flaechenkauf-vereinfacht-47315.html> (06.10.2013).
- Barlösius, E. (2007): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In: E. Barlösius und D. Schiek (Hrsg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen: Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-34.
- Bauerkämper, A. (1997): Bauerkämper, A. (1997): Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Eine Bilanz der Jahre 1945-1965. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B38/97, S. 25–37.
- Bauerkämper, A. (1999): Der Kampf um den Boden in den neuen Bundesländern 31/1. Die Debatte über die Restitution des Bodenreformlandes und die Privatisierung der Agrarwirtschaft seit 1989/90. In: *Revue d'Allemagne*. 1,31, S. 57–73.
- Bauerkämper, A. (2002): Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945-1963. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.
- Bauerkämper, A. (2009): „Sozialistischer Frühling auf dem Lande“ – Die Kollektivierung der Landwirtschaft. In: D. Schipanski und B. Vogel (Hrsg.): Dreißig Thesen zur deutschen Einheit. Freiburg: Herder, S. 99-111.
- Bayer, W. (2002): Überblick über die Ergebnisse des DFG-Forschungsprojekts. Vortrag auf dem 4. Wirtschaftsrechtlichen Forum der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der FSU Jena zum Thema „Die gescheiterten LPG-Umwandlungen – was nun?“ (29.05.2013).
- Beetz, S. (2006): Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume. LandInnovationen. Regionale Disparitäten und Steuerung ländlicher Entwicklung. Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe, 9. Berlin. Online verfügbar unter <http://edoc.bbaw.de/volltexte/2007/368/pdf/29LvDxRzZF6cc.pdf> (07.02.2012).
- Beetz, S. (2007): Die Demographisierung ökonomischer, kultureller und sozialer Veränderungen am Beispiel des ländlichen Raums. In: E. Barlösius und D. Schiek (Hrsg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen: Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 221-246.
- Bieber, D. (2011): Sorgenkind demografischer Wandel? Warum die Demografie nicht an allem schuld ist. München: Oekom.

- BMELV Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2012): Ausgewählte Daten und Fakten der Agrarwirtschaft 2012. Online verfügbar unter <http://berichte.bmelv-statistik.de/DFB-0010000-2012.pdf> (17.12.2013).
- Bundesministerium für Ernährung, L.u.V.: Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik. Online verfügbar unter <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Agrarpolitik/GAP-Geschichte.html> (27.03.2012).
- BVVG (2011): Geschäftsbericht 2011.
- Darnhofer, I. (2005): Resilienz und die Attraktivität des Biolandbaus für Landwirte. In: Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 2: Zwischen Professionalisierung und Konventionalisierung. Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien, S. 67–84.
- Europäische Kommission (2010): Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete - die künftigen Herausforderungen. Brussels. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0672:FIN:de:PDF> (28.03.2012).
- Fock, T. (2004): Landwirtschaftliche Arbeitsmärkte im Umbruch. In: L. Laschewski und C. Neu (Hrsg.): Sozialer Wandel in ländlichen Räumen. Theorie, Empirie und politische Strategien. Aachen: Shaker, S. 79-92.
- Fock, T.; Müller, M. (Hrsg.) (2002): Analyse des landwirtschaftlichen Fachkräfte- und Bildungsbedarfs im Land Brandenburg. Unter Mitarbeit von Jürgen Fechner, Theodor Fock und Martin Müller. Neubrandenburg: Fachhochschule. Online verfügbar unter <http://opus.kobv.de/slbp/volltexte/2010/1368/pdf/bedarf02.pdf> (13.06.2012).
- Gerke, J. (2010): Die Auswirkungen der DDR-Agrarstrukturen auf Landwirtschaft und ländliche Regionen in Ostdeutschland nach 1990. In: M. Beleites, F.W. Graefe zu Baringdorf und R. grünbaum (Hrsg.): Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute. Berlin: Metropol, S. 87-107.
- Gerke, J. (2011): Bodenpolitik in Ostdeutschland nach 1990. In: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Brandenburger Landtag (Hrsg.): Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit - Entwicklungen, Risiken, Perspektiven. München: Oekom, S. 77-86.
- Grashoff, U. (2010): „Suizidales Klima“ während der Zwangskollektivierung im Frühjahr 1960. In: M. Beleites, F.W. Graefe zu Baringdorf und R. grünbaum (Hrsg.): Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute. Berlin: Metropol, 33-45.

- Hagedorn, K. (2011): Die Landwirtschaft in Brandenburg unter dem Einfluss der Globalisierung. Diskussionspapier, 13. Berlin. Online verfügbar unter [http://edoc.bbaw.de/volltexte/2011/2080/pdf/Diskussionspapier\\_13\\_Hagedorn\\_A.pdf](http://edoc.bbaw.de/volltexte/2011/2080/pdf/Diskussionspapier_13_Hagedorn_A.pdf) (14.06.2012).
- Hanft, A.; Brinkmann, K. (Hrsg.) (2013): Offene Hochschulen. Die Neuausrichtung der Hochschulen auf Lebenslanges Lernen. Münster.
- Heinz, M. (2011): Von Mähreschern und Musterdörfern. Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft und die Wandlung des ländlichen Lebens am Beispiel der Nordbezirke. Berlin: Metropol.
- Herzfeld, T. (2013): Agrarstruktureller und Demographischer Wandel im ländlichsten Raum – Zwei Seiten einer Medaille? Zukunftsforum „Ländliche Entwicklung“. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Berlin, 22.03.2013.
- Hohmann, K. (1985): Agrarpolitik. In: H. Zimmermann, H. Ulrich und M. Fehlauer (Hrsg.): DDR-Handbuch. 1 A-L 1 A-L. Köln: Wissenschaft und Politik, S. 13-21.
- Hopkins, R. (2008): Energiewende. Das Handbuch. Anleitung für zukunftsfähige Lebensweisen. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Hubenthal, C. (2012): Einfach mal anfangen...! Resilienz am Beispiel einer zukunftsfähigen Landwirtschaft. München: Oekom.
- Ickert, J. (2009): Der Kulturkosmos Müritz. Sozialkapital, Placemaking und Local Governance als Entwicklungsfaktoren in ländlich-peripheren Regionen Ostdeutschlands. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.
- IG Bauen-Agrar-Umwelt (Hrsg.) (2010): Strukturwandel in Arbeit und Landwirtschaft. Projektergebnisse und Praxisbeispiele aus sechs europäischen Ländern. Berlin. Online verfügbar unter [http://www.peco-institut.de/docs/Strw\\_Reader\\_DE\\_web.pdf](http://www.peco-institut.de/docs/Strw_Reader_DE_web.pdf) (17.04.2012).
- Inhetveen, H.; Fink-Kessler, A. (2007): Landwirtschaft im Nebenerwerb. Politisch vernachlässigt – und dennoch zukunftsfähig. In: A. Fink-Kessler, M. Schneider und F. Stodiek (Hrsg.): Der kritische Agrarbericht. Schwerpunkt 2007: Agro-Gentechnik. Hamm, Westfalen: Abl Bauernblatt, 72-78. Online verfügbar unter [http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2007/Inhetveen\\_Fink-Kessler.pdf](http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2007/Inhetveen_Fink-Kessler.pdf) (04.04.2012).
- Institut für sozial-ökologische Forschung (Hrsg.) (2008): Institutsbericht 2008 des Instituts für sozial-ökologische Forschung.
- Jochimsen, H. (12/2009): 20 Jahre grüner Aufbau Ost (Version 2). Blühende Landschaften in Ostdeutschland? Das gilt nicht für die gesamte Wirtschaft. Aber wie sieht es mit der Landwirtschaft 20 Jahre nach dem Mauerfall aus? Dazu einige Erläuterungen, Fakten und Einschätzungen. Göttingen. [http://asg-goe.de/pdf/Gruener\\_Aufbau\\_Ost.pdf](http://asg-goe.de/pdf/Gruener_Aufbau_Ost.pdf).

- Kemper, K. (2005): Tomaten statt Weizen. Plädoyer für eine Neuorientierung in der Agrarökonomie. Frankfurt am Main: Deutscher Fachverlag.
- Klüter, H. (2011): Zur Entwicklung der Landwirtschaft in Brandenburg. In: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Brandenburger Landtag (Hrsg.): Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit - Entwicklungen, Risiken, Perspektiven. München: Oekom, S. 55-64.
- Landesfraktion Brandenburg SPD (2006): Das zupackende Land. Eine Zwischenbilanz der Brandenburger Zukunftsdebatte. Märkische Hefte, 4. Online verfügbar unter [http://www.spd-fraktion.brandenburg.de/files/mh04\\_das\\_zupackende\\_land.pdf](http://www.spd-fraktion.brandenburg.de/files/mh04_das_zupackende_land.pdf).
- Löhr, H.C. (2002): Der Kampf ums Volkseigentum. Eine Studie zur Privatisierung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern durch die Treuhandanstalt (1990-1994). Berlin: Duncker & Humblot.
- Mann, S.; Schaechterle, L. (2000): Die ostdeutsche Landwirtschaft und die EU-agrarpolitik: Gesunde Betriebe, krankes Land. In: *Deutschland und Europa*. 40, S. 25–30.
- Maretzke, S.; Weiß, W. (2009): Demographische Herausforderungen ländlicher Räume. In: B.u.S. Bundesministerium für Verkehr und S.-u.R. Bundesinstitut für Bau (Hrsg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel, S. 33–44.
- Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MIL): Agrarstruktur im Land Brandenburg. Online verfügbar unter <http://www.mil.brandenburg.de/sixcms/detail.php/528497> (10.09.2012).
- Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MIL) (2010): Agrarbericht 2010 des Landes Brandenburg. Potsdam. Online verfügbar unter [http://www.mil.brandenburg.de/media\\_fast/4055/Agrarbericht\\_2010\\_web.15587470.pdf](http://www.mil.brandenburg.de/media_fast/4055/Agrarbericht_2010_web.15587470.pdf) (26.03.2014).
- Müller, K.; Wüstemann, H.; Mann, S. (2008): Grundlagen des Konzeptes der Multifunktionalität. In: H. Wüstemann (Hrsg.): Multifunktionalität. Von der Wohlfahrtsökonomie zu neuen Ufern. München: Oekom-Verl., Ges. für Ökolog. Kommunikation, S. 10-36.
- Neu, C. (2007): Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum am Beispiel der Gemeinde Galenbeck. Rostock. Online verfügbar unter [http://www.wiwi.uni-rostock.de/fileadmin/Institute/ISD/Lehrstuhl\\_Makrosoziologie/Mitarbeiter/Neu/Lehrveranstaltungen/Engagement\\_in\\_der\\_Peripherie/Studie\\_Galenbeck.pdf](http://www.wiwi.uni-rostock.de/fileadmin/Institute/ISD/Lehrstuhl_Makrosoziologie/Mitarbeiter/Neu/Lehrveranstaltungen/Engagement_in_der_Peripherie/Studie_Galenbeck.pdf) (21.06.2012).
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung: Mobilität als Erfolgsfaktor im ländlichen Raum. Online verfügbar unter [http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=1810&article\\_id=106033&psmand=7](http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1810&article_id=106033&psmand=7) (05.03.2013).
- Offermann, F. (2012): vTI-Baseline 2011 - 2021: agrarökonomische Projektionen für Deutschland. Braunschweig: VTI. Online verfügbar unter [http://literatur.vti.bund.de/digbib\\_extern/dn050029.pdf](http://literatur.vti.bund.de/digbib_extern/dn050029.pdf) (05.03.2013).

- Runnwerth, E. (2010): Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft in der DDR bis zur Vollkollektivierung im sozialistischen Frühling 1960. Norderstedt: Books on Demand.
- Schlömer, C.; Spangenberg, M. (2009): Städtisch und ländlich geprägte Räume: Gemeinsamkeiten und Gegensätze. In: B.u.S. Bundesministerium für Verkehr und S.-u.R. Bundesinstitut für Bau (Hrsg.): Ländliche Räume im demografischen Wandel, S. 17–32.
- Schöne, J. (2008): Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetzone und DDR. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.
- Schöne, J. (2010): Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft. Abläufe, Hintergründe, Folgen. In: M. Beileites, F.W. Graefe zu Baringdorf und R. grünbaum (Hrsg.): Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute. Berlin: Metropol, S. 19-31.
- Schultze, C. (2011): Brandenburgs Traum vom grünen Gold. Fehlentwicklungen und Konflikte rund um die Bioenergie. In: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Brandenburger Landtag (Hrsg.): Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit - Entwicklungen, Risiken, Perspektiven. München: Oekom, 147-157.
- Statistische Ämter der Länder und des Bundes (Hrsg.) (2011): Agrarstrukturen in Deutschland. Einheit in Vielfalt. Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010. Stuttgart. Online verfügbar unter [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Landwirtschaftzaehlung/AgrarstruktureninDeutschland5411203109004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Landwirtschaftzaehlung/AgrarstruktureninDeutschland5411203109004.pdf?__blob=publicationFile) (22.03.2012).
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2011): Betriebe mit ökologischem Landbau - Landwirtschaftszählung/Agrarstrukturerhebung - Fachserie 3 Reihe 2.2.1 - 2010. Online verfügbar unter [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Betriebe/OekologischerLandbau2030221109004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Betriebe/OekologischerLandbau2030221109004.pdf?__blob=publicationFile) (05.03.2013).
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2012a): Erwerbscharakter landwirtschaftlicher Einzelunternehmen. Online verfügbar unter <https://www-genesis.destatis.de>.
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2012b): Ausgewählte Zahlen der Landwirtschaftszählung/Agrarstrukturerhebung 2010. Online verfügbar unter [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Betriebe/Argrarstrukturerhebung2030100109004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Betriebe/Argrarstrukturerhebung2030100109004.pdf?__blob=publicationFile) (05.03.2013).
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (Hrsg.) (2012c): Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1991-2010 in %. Wiesbaden. Online verfügbar unter [https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=26321D7D79B50E9D2512DC364C85910F.tomcat\\_GO\\_1\\_1?sequenz=statistikTabellen&selectionname=12411](https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=26321D7D79B50E9D2512DC364C85910F.tomcat_GO_1_1?sequenz=statistikTabellen&selectionname=12411) (05.03.2013).

- Steiner, L.; Hoffmann, V. (2012): Multifunktionale Landwirtschaft durch kreative Diversifizierung. Eine taxonomische Studie in Mittel- und Süddeutschland. In: BMELV Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.): Berichte über die Landwirtschaft Heft 2, Band 90. Bonn, 235-257.
- Stöber, S.; Jahnke, J. (2006): Lebendige Dörfer in Brandenburg Bürgerbeteiligung im Alltag. Ergebnisse einer Befragung in 5 Dörfern. Berlin. Online verfügbar unter [http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/studie\\_lebendige\\_doeferkurz.pdf](http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/studie_lebendige_doeferkurz.pdf) (05.03.2013).
- Straubhaar, T.; Wolter, A. (1999): Migration in Europa - neue Dimensionen, neue Fragen, neue Antworten. In: Wolter, Achim (Hrsg.). Migration in Europa, Nomos, Baden-Baden, S. 7-18.
- Strauss, A.; Corbin, J. (1990): Basics of qualitative research. Grounded theory procedures and techniques. Newbury Park, London, New Delhi: Sage.
- Unger, B. (2001): Landwirtschaft und ihre Bedeutung für die ländlichen Räume in Ostdeutschland. - eine Positionsbestimmung. In: Agrarsoziale Gesellschaft e.v. (Hrsg.): Landwirtschaft in Ostdeutschland. - stabile Strukturen oder mitten im Umbruch. Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen 2001 (137). Göttingen, S. 85-94.
- Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (2012): Handbuch Bürgerbus. Stand: 24. Mai 2012. Online verfügbar unter [http://brandenburg.de/media\\_fast/lbm1.a.4856.de/Vbb%20B%C3%BCrgerbus.pdf](http://brandenburg.de/media_fast/lbm1.a.4856.de/Vbb%20B%C3%BCrgerbus.pdf) (23.07.2013).
- Weiß, W. (2013): Potentiale Ostdeutschlands nutzen & Akteure der ländlichen Räume stärken. Der Stellenwert der Land- und Forstwirtschaft für die Bewältigung des demographischen Wandels in peripheren ländlichen Räumen. Begleitpapier zum Workshop 17 des Zukunftsforums "Ländliche Entwicklung". Berlin.
- Weiß, W.; Petrick, M. (2011): Was anderen noch bevorsteht: Ländliche Regionen in Ostdeutschland als Beobachtungslabor für den demographischen Wandel. Heinrich Böll Stiftung Wirtschaft+Soziales, 4/2011.
- Werkentin, F. (2010): Klassenkampf auf dem Land. Zu den Methoden der Kollektivierung von 1952 bis 1960. In: M. Beileites, F.W. Graefe zu Baringdorf und R. Grünbaum (Hrsg.): Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute. Berlin: Metropol, S. 47-66.
- Witzke, H. von; St. Noleppa; Schwarz, G.: Global Agriculture Market Trends Revisited: The roles energy prices and biofuel production. Working Paper, 89. Berlin.